

Bezugspreis:

Für den Monat Juli 20 000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Ost- und Westpreußen sowie Ostpreußen und Litauen 20 000 M., für das übrige Ausland 25 000 M. Postbezugspreis (einschließlich d. Postgebühren) nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.

Editorial-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 28. Juli 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Bankkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Postfach 10000

Anzeigenpreis:

Die einseitige Anzeigenzeile kostet 12 000 M. Kleinzeile 6 000 M. „Reine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 5 000 M. (ausdrücklich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 2 500 M. Stellengröße das erste Wort 2 500 M., jedes weitere Wort 1 500 M. Worte über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 5 000 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Notstandsmaßnahmen der Regierung.

WTB. meldet um Mitternacht: Die Reichsregierung beriet auf Grund der Vorarbeiten der Ministerien und der Vorschläge, die in letzten Wochen beim Reichskanzler stattgefunden haben, heute unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten über die Maßnahmen, die angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage zu ergreifen sind.

Beratungsbüro wurde der Entwurf des Gesetzes über die Erhebung eines Opfers für Rhein und Ruhr, eines Gesetzes über Änderung einzelner Verbrauchssteuergesetze und eines Steuerzinsgesetzes, die gemeinsam die Inflation zu hemmen helfen werden. Der Reichsfinanzminister legte ferner den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vermögenssteuergesetzes, des Erbschaftsteuergesetzes und des Umsatzsteuergesetzes vor, durch das insbesondere Anpassung an die Geldentwertung erreicht werden soll.

In einem Telegramm an die Ministerpräsidenten der Länder hat der Reichskanzler darauf hingewiesen, daß die Beratung dieser Gesetze im Reichstag so beschleunigt werden muß, daß sie dem Reichstag am 8. oder 9. August vorliegen.

Weiter wurde über die Ausgabe der wertbeständigen Anleihe beraten. Genauere Festlegungen hierüber werden in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Ueber weitere Maßnahmen der Reichsbank, insbesondere zur Lösung der Goldkreditfrage, werden ebenfalls in den nächsten Tagen Mitteilungen erfolgen.

Cuno an die Landwirtschaft.

WTB. meldet: Der Reichskanzler Dr. Cuno hat an die Führer der Landwirtschaft folgendes Telegramm gerichtet: „Die Städte sind infolge der Verspätung der Ernte von Kartoffeln entblüht. Auch sonst wachsen die Ernährungsschwierigkeiten der großen Verbrauchermassen. Ich richte daher an die deutsche Landwirtschaft den dringenden Aufruf, alle Kräfte anzuspannen, um die Erträge insbesondere der Frühkartoffelernte möglichst umgehend dem Verbrauch zuzuführen und die Lage in den Städten zu erleichtern.“

Der Reichskanzler und der Reichsernährungsminister werden in den nächsten Tagen auch mündlich mit der Landwirtschaft wegen Behebung der Ernährungsschwierigkeiten erneut ins Benehmen treten.

Polizeilicher Schutz für Lebensmitteltransporte.

Der Amtliche Preussische Pressedienst schreibt: Es gehen Gerüchte um, daß in einigen Gegenden des Landes aus Furcht vor bevorstehenden Unruhen die Besichtigung der Märkte seitens der Landbesitzer unterlassen wird. Es ist eine selbstverständliche und dringende Pflicht aller derer, die Lebensmittel produzieren, diese auf den Markt zu bringen, da neben der wachsenden allgemeinen Leere eine nicht genügende Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln außerordentliche Gefahren im Gefolge haben könnte. Zu unserer Genugtuung können wir mitteilen, daß die ländlichen Organisationen auf ihre Mitglieder dahin einwirken, die Märkte nach wie vor regelmäßig zu besichtigen. Die Produzenten mögen wissen, daß die Polizeibehörden angewiesen worden sind, die Lebensmittel auf den Transporten zu den Märkten ausreichend zu schützen.

Die Ernährungsorgen Berlins.

Zur Beratung über die Ernährungsnotlage der Stadt Berlin und ihrer Abhilfe fand gestern im Reichsernährungsministerium eine mehrstündige Besprechung statt, an der von der Regierung außer mehreren Kommissaren Staatssekretär Heinrich vom Ernährungsministerium und Staatssekretär Kammer vom preussischen Landwirtschaftsministerium und vom Berliner Magistrat Oberbürgermeister Böhm, Bürgermeister Ritter, Stadtrat Richter und Frau Stadtrat Dr. Wenzl teilnahmen. Die Beratung erfolgte auf Grund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung. Der Oberbürgermeister wies auf die bedrohliche Situation hin und legte dar, daß die Zahl der

von schwerster Ernährungsnot Betroffenen 600 000 bis 700 000 betrage. Er machte auf die Ketten von Lebensmittelkäufern aufmerksam. Besonderes Mißtrauen erwecke in weitesten Schichten die verschiedenartige Preisbildung angesichts des Mangels an Nahrungsmitteln, besonders an Kartoffeln. Hervorgehoben wurde ferner die schlechte Beschaffenheit des Brotes, die dem mangelhaften, von der Reichsgetreidestelle gelieferten Mehl zugeschrieben werde. Schlimm sei vor allem die Notlage der Erwerbslosen und der Kurzarbeiter. Unumgänglich notwendig sei die Behebung von Notstandsarbeiten, auch seien dem Lebensmittelgroßhandel genügend Deniken zur Beschaffung von Waren und zur Versorgung der Märkte zur Verfügung zu stellen. Ferner seien Mittel bereitzustellen, um den Minderbemittelten die Lebensmittelbeschaffung zu verbilligen.

Es seien Teigwaren, Getreide, Hülsenfrüchte und Reis bereitzustellen. Staatssekretär Heinrich führte aus, daß die Ursachen des Lebensmittelmangels in der Devisenknappheit liegen. Die Reichsbank werde, das sei vorbereitet, durch erhöhte Devisen-

zuteilungen für eine bessere Lebensmittelbeschaffung sorgen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde zur Sprache gebracht, daß die Knappheit an Kartoffeln und Gemüse in der Hauptsache dadurch verschuldet ist, daß die Ernte infolge der Ungunst der Witterung sich verzögert hat. Wegen der Devisenschwierigkeiten kommt die Einfuhr ausländischer Kartoffeln nicht in Frage, die aus Holland eingeführt werden müssen. Man trägt sich mit der Absicht, zu versuchen, als Ersatz für Kartoffeln gewisse Teigwaren und andere Waren bereit zu stellen. An die landwirtschaftlichen Organisationen soll erneut die Aufforderung ergehen, durch erhöhte Lebensmittellieferung die Versorgung der Städte zu erleichtern. Allerdings wurde auch darauf hingewiesen, daß die katastrophale Entwertung der Mark die Ernährungsschwierigkeiten erhöht, indem sie die Lebensmittelproduzenten davon abhält, ihre Waren gegen das schlechte Papiergeld zu verkaufen, bevor sie es unbedingt müssen. Man hofft, mit der Einbringung der Ernte von Kartoffeln und Gemüse die Schwierigkeiten auf diesem Gebiet bald überwinden zu können. Zu dem Mangel an Fleisch trägt bei, daß große Viehmengen nicht erst nach Berlin transportiert, sondern in andere Städte geleitet und zum Teil auch von den Konservenfabriken aufgekauft werden.

Die Deputation verlangte ferner die Bereitstellung größerer Mittel für Notstandsarbeiten. Heute soll im Kabinett über diese Frage ebenfalls verhandelt werden.

Am Sonnabend soll noch eine weitere dringende Besprechung mit dem Reichswirtschaftsminister, dem Reichsarbeitsminister, dem Reichsernährungsminister sowie mit dem preussischen Minister des Innern und dem preussischen Finanzminister stattfinden.

Belgiens Entscheidung.

Die internationale Lage wird im Ausland wieder pessimistischer beurteilt. Ausschlaggebend dafür ist die Tatsache, daß es Frankreich offenbar gelungen ist, Belgien in der Frage der Einstellung des passiven Widerstandes als Vorbedingung jeglicher Verhandlungen mit Deutschland bei der Stange zu halten. Demgegenüber ist der Umstand, daß die belgisch-französischen Ansichten in der eigentlichen Reparationsfrage voneinander so abweichen, daß eine gemeinsame Antwort an England nicht erfolgen kann, von relativ geringer Bedeutung. In dem Augenblick, wo auch Belgien die Kapitulation Deutschlands fordert, wäre der Erfolg der ganzen englischen Aktion in Frage gestellt.

Paris, 27. Juli. (Eca.) Auf Grund des heutigen Leitartikels des „Temps“ können eine Reihe von Rückschlüssen auf den Stand der französisch-belgischen Verhandlungen sowie auf den Inhalt der französisch-belgischen Antwort an England gemacht werden. Der „Temps“ stellt zunächst fest, daß das gestern in Paris abgefaßte Dokument in keiner Weise einen Entwurf einer Antwort an Deutschland enthalte, so wie dies heute früh der „Matin“ behauptet hatte. Frankreich und Belgien seien noch weiterhin entschlossen, keinen deutschen Vorschlag in Betracht zu ziehen, solange der deutsche Widerstand fortgesetzt werde, und infolgedessen sei es natürlich nicht ihre Aufgabe, eine Antwort an Deutschland zu senden oder auch nur den Entwurf einer Antwort an Deutschland, welche England bereits fertiggestellt habe, zu verbessern. Die französische Antwort an England beschäftige sich vielmehr mit dem Begleit-schreiben, das die englische Regierung ihrem Antwortentwurf beigegeben habe.

Der Artikel des „Temps“ führt dann weiter aus, daß die belgische Regierung nach wie vor die gleichen Forderungen aufstelle wie die französische Regierung. Gleichzeitig würde die in Paris verfaßte Antwort den von der belgischen Regierung vertretenen Ideen Rechnung tragen. Infolgedessen sei Grund zu der Annahme vorhanden, daß Frankreich und Belgien mit dem gleichen Text an England antworten würden.

Der „Temps“ bestätigt alsdann, daß die französische Antwort einige Fragen enthalte. Das Dokument sei streng geheim und niemand könne infolgedessen etwas über seinen Inhalt sagen. Aber es genüge, nachzudenken, um ihn sich an einigen Beispielen klar zu machen. Die englischen Blätter hätten mitgeteilt, daß ihre Regierung dem Wunsch Deutschlands entsprechend, die Absicht habe, die Schätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit einem internationalen Sachverständigenausschuß anzuvertrauen. Der „Temps“ meint, diese Abschnitte läme der Absicht gleich, die deutsche Schuld zu verringern. Wie, fragt der „Temps“, wäre ein deraartiger internationaler Schiedsspruch mit den genauen Bestimmungen des Friedensvertrages zu vereinbaren?

Wahlerfolg in Holland.

11 Sozialisten statt 3 in der ersten Kammer.

Amsterdam, 27. Juli. (WTB.) Die heutigen Wahlen zur ersten Kammer, die zum ersten Male nach dem Proportionalwahlrecht erfolgten, ergaben das folgende endgültige Resultat: Katholiken 16 (bisher 21), Orthodoxe 8 (14), christlich-historische Partei 7 (7), Sozialisten 11 (3), Freispartei (Unionsliberale) 5 (1), freisinnige Demokraten 3 (4).

Um die Lebensmittelversorgung.

Die Krise der Lebensmittelversorgung nähert sich dem Höhepunkt. Selbst für große Geldscheine gibt es fast nichts mehr. Lange Kolonnen vor den Geschäften erinnern an die Zeit, wo trotz Kriegszwangswirtschaft und schärfster Rationierung niemand sicher war, ob er auch den ihm entfallenden Anteil der zwangsbewirtschafteten Ware erhalten würde. Auch heute haben wir eine solche Zwangswirtschaft, nur mit dem Unterschied, daß sie nicht von Behörden ausgeübt wird, sondern von den Produzenten und Importeuren. Diese wiederum stehen unter dem wachsenden Druck des Valutasturzes und der Knappheit am Devisenmarkt.

Lebensmittel sind da — aber die Verbraucher erhalten nicht genug, oder sie sind zu teuer; auch Devisen gibt es — aber diejenigen, die damit Ware heranbringen wollen, erhalten sie nicht oder können sie nicht verwerten, weil niemand weiß, ob die erzielte Summe in Papiermark die Einfuhr oder die benötigten Devisen bezahlt machen. An einem einzigen, dem gestrigen, Tage kostete der Dollar in Berlin 760 000, in Danzig zwischen 600 000 und 900 000, in New York 1 050 000 M. Welcher Lebensmittelimporteur soll Dollars für mehr als eine Million kaufen, um dann in Berlin nur drei Viertel des Gegenwertes zu erhalten und dann noch nicht zu wissen, ob er mit dem Papiererlös auch wirklich die Dollars oder die Lebensmittel und Rohstoffe wieder kaufen kann?

Das alles sind Erklärungen. Worte machen nicht satt. Aber Worte, die zum Sturm auf die Läden auffordern, wie man sie jetzt manchmal hört, können das Elend nur vergrößern. Es ist zweckmäßig, daß die preussischen Polizeibehörden angewiesen worden sind, die vom Lande herkommenden Lebensmittel auf den Transporten und auf den Märkten zu schützen, und es ist nur recht, daß die ländlichen Organisationen bemüht sind, die Landwirte zur besseren Lebensmittellieferung an die Städte zu veranlassen. Es muß aber dahingestellt bleiben, ob derartige Zusagen ausreichen werden, um die dringend erforderliche Besserung der Nahrungsmittelversorgung der Städte auch wirklich herbeizuführen.

Wenn die Preise springen mit dem Dollar in einer Weise in die Höhe, die nicht nur den Verbraucher, sondern auch die Verteiler in die Enge treibt. Der Preis des Berliner Kleinhandels in ihrer Versammlung am Donnerstag zeugt von einer Erbitterung, die kaum mehr zu überbieten ist, leider aber nicht von ebensolcher Erkenntnis. Wie muß es auf die Verbraucher wirken, wenn die Händler an die Spitze ihrer Forderungen den Schutz gegen Kartellwillkür — also Schutz ihrer selbst vor Auswucherung — stellen, gleich darauf aber mit aller Entschiedenheit jeden Schutz des Verbrauchers durch Wucherpreise mit der gleichen Entschiedenheit bekämpfen? Auch die Form, wie sie jeden regelnden Eingriff in die Warenverteilung als „Inzession „an die Straße“ hinstellen, muß die Arbeitererschaft erbittern und Zweifel daran erwecken, ob diese Leute überhaupt dazu berufen sind, über die wirtschaftlichen Grundforderungen der Gesamtheit zu urteilen. Die „Strafe“ ist es ja, in der die Einzelhändler wohnen, von deren Käufern sie leben. Wer in der Not ist und in dieser Not die Hilfe der anderen ebenfalls mitleidenden Volksgenossen wünscht, sollte sich hüten, den anderen zu reizen.

Aber die Irrwege der Interessenten dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß tatsächlich eine Gefahr vorliegt, die nicht unterschätzt werden darf. Ein Redner, Dr. Kitzinger vom Textil Einzelhandel, hat in der erwähnten Versammlung außerordentlich treffend etwa das folgende gesagt: „Meine Herren, ob Sie so oder anders verfahren, es kommt alles auf eins heraus: entweder der Konsument halt sich keine Ware ohne Entgelt — dann sind Sie pleite! Oder er holt sich sie gegen Entgelt — dann sind Sie auch pleite — also bleiben nur die Tagespreise. Und wenn Sie dann wegen Wuchers allesamt ins Gefängnis gehen, es ist doch besser, im Gefängnis zu sitzen als zuzusehen, wie unter dem Sturz der Mark das Betriebskapital vollkommen aufgezehrt wird und Sie nichts mehr kaufen und verkaufen können!“

Das ist die Stimmung eines besonnenen Teiles der Händlererschaft. Die Läger werden leer, weil man für den Erlös der Ware keine oder nur weniger neue Ware kaufen kann. Kredite gibt es für den Kleinhandel so gut wie gar nicht.

Aber was das Besenlichte ist: den Genossenenschaft geht es nicht anders. Was ist heute ein Geschäftsanteil von 100 000 M., für den man noch nicht ein Pfund Schmalz kaufen kann, gegen einen Geschäftsanteil von 30 M. vor dem Kriege, für den man im Großhandel mehr als 50 Pfund Schmalz kaufen konnte? Die Zerrüttung der Währung bedroht den Warenmarkt mit der Auszehrung, weil der Händler keine Ware mehr einkaufen kann.

Denn das ist das Entscheidende: Auf dem Lebensmittelmarkt gibt es heute nur eine Ware, die wirklich knapp ist: die Kartoffel. Das ist an sich gar nichts Außergewöhnliches vor einer neuen, verspäteten Ernte, wenn man auch der Regierung den Vorwurf machen muß, daß sie von der überreichen Ernte des vorigen Jahres vorzeitig und trotz der Warnung der Verbraucher zu große Mengen an Kartoffeln der

Spiritusfabrikation überlassen hat. Zeiten, wo vor der neuen Ernte die Kartoffelverfälschung haperie, hat es seit 1914 oft genug gegeben.

Alles andere aber steht der deutschen Volkswirtschaft ausreichend zur Verfügung. Fette sind da, wo nicht im Lande, so in den Häfen. Leber Butter, die jetzt vornehmlich in die Badeorte wandert und schon daher überverteuert ist, lohnt kaum zu reden. Dank der agrarischen Preispolitik ist sie schon längst kein Volksnahrungsmittel mehr. Margarine ist längst nicht so knapp, wie es nach den leeren Läden erscheinen mag, von einer Knappheit oder einem Mangel an Getreide kann überhaupt keine Rede sein.

Und doch bekommt der Verbraucher alles das nur in kleinen Mengen! Wie ist das möglich?

Trotz der im allgemeinen guten Versorgungslage ist eine Marktpanik ausgebrochen, wie die Sozialdemokraten sie vor einer Aufhebung der Bewirtschaftungsmaßnahmen immer vorausgesagt haben. Die Marktpanik aber entwickelt sich so: der Produzent weigert sich, seine Ware bei dem gleitenden Geldwert gegen schwindige Papiermark abzugeben. Der Großhandel scheut das in der Zeit vor der freien Wirtschaft so viel gerühmte „Risiko“ und die „Initiative“ des Privatunternehmers, obwohl er Kredite bekommt. Der Kleinhandel aber, zwischen dem Preisfall der Lieferanten und dem Schrei der Verbraucher nach billiger Ware stehend, sieht sein Betriebskapital zerrinnen, nicht nur weil die Wuchererzeugung es so will, sondern weil bei einem Dollarstand, der an einem Tage zwischen 600 000 und 1 050 000 M. steht, es einen festen Wertmaßstab für den Ein- und Verkauf nicht mehr gibt. Die Verbraucherschaft kann nun nicht zusehen, daß Hinz und Kunz bei Waren, die mit dem Dollar nichts oder nur wenig zu tun haben, ein Dollar von heute oder gar vielleicht von 1 1/2 Millionen als Preismaßstab genommen wird. Dazu ist ihre Kaukraft, die schon jetzt verlagert, viel zu sehr geschwächt. Deshalb, und weil es in diesen Zeiten aber wird ihr freudig die Verantwortung für die Folgen des langstehenden das schärfste Vorgehen gegen willfährliche Warenzurückhaltung und Preistreiberei.

Aber gegen die verheerenden Folgen der Marktpanik, die Warenknappheit, vermag die Wuchererzeugung nichts auszurichten. Die Warenknappheit ist herbeigeführt durch das Fehlen jeglichen Wertmessers. Daß wir heute so weit sind, ist der Erfolg der Regierung Cuno. Niemand aber wird ihr freudig die Verantwortung für die Folgen des Zusammenbruchs am Devisen- und Warenmarkt abnehmen. Alle Anzeichen deuten auf höchste Gefahr. Wenn nicht schleunigst zur Goldrechnung übergegangen wird, hat die Papiermark, die als Wertmesser längst tot ist, auch als Zahlungsmittel nur eine Lebensdauer, die man allenfalls noch nach Tagen schätzen kann. Was dann kommt, wenn der Wirtschaftsorganismus ganz verlagert, ist die vollkommene Auflösung, ist Hunger in den Städten und Arbeitslosigkeit im ganzen Land!

Noch ist es Zeit. Das Volk hat das Recht zu fordern, daß die Regierung Notstandsmaßnahmen trifft, um die vorhandenen und verfügbaren Lebensmittelvorräte zu erfassen und dem Verbraucher zuzuführen. Wenn sich keiner dazu findet, das Risiko der Geldentwertung zu übernehmen, so muß die Regierung, die das Währungsseil nicht genügend bekämpft hat, es selbst tun und die Ware zu einem erträglichen Preise an die Verbraucher bringen unter Zuhilfenahme der gemeinnützigen Konsumgenossenschaften.

Darüber hinaus aber muß sie die von der Sozialdemokratie und von einem großen Teil des Bürgertums längst geforderten Maßnahmen treffen, um die Wirtschaft vor den Folgen des Markterfalls zu retten. Zunächst ist die Einführung von Goldsteuern, Goldkrediten und einer allgemeinen Goldrechnung dringend erforderlich. Selbstverständlich muß zugleich die Frage der wertbeständigen Löhne auf breiter Grundlage und mit allgemeiner Verbindlichkeit gelöst werden. Sie sind für eine Reihe von Industrien und im Reich durchzuführen; sie sind aber längst noch nicht allgemein in Geltung und werden vielerorts noch

darauhin revidiert werden müssen, ob sie auch in der gegenwärtigen Form ausreichend die Geldentwertung berücksichtigen. Das einzige, was jetzt nicht geht, ist das tatelose Abwarten, das die Regierung Cuno bisher ausgezeichnet hat. Noch ist es Zeit! Aber in wenigen Tagen schon können sich die Bogen der Erbitterung überlagern, wenn nicht weithin sichtbare Abhilfe geschaffen wird, ganze Taten erfolgen.

Zentrum gegen Cuno.

„Blätter Vanterott.“

Das führende Organ des Zentrums, die „Germania“, veröffentlicht einen Leitartikel, der als die Sensation des Tages betrachtet werden muß. Denn er ist eine Kampfanzeige gegen die Regierung Cuno in der allerhöchsten Form. In diesem Artikel, der die Ueberschrift trägt: „In höchster Not!“ wird ausgeführt:

Nicht nur in kommunistischen und sozialdemokratischen Kreisen hat die Mißstimmung einen gefährlichen Grad erreicht, auch in Zentrumsversammlungen hört man Äußerungen von bisher nicht gekannter Schärfe. Ganz zu schweigen von den Ausbrüchen der Verwünschung in den Stenogrammzügen, die sich wieder, wie mitten in der Kriegszeit, vor den Lebensmittelgeschäften bilden. Die Unzufriedenheit oder vielmehr die Wut ist allgemein. Sie äußert sich in den heftigsten Entlagen gegen die Regierung, gegen die Parteien, gegen den Reichstag, denen man die Verantwortung für die heutigen Zustände zuschiebt und denen man vorwirft, die Dinge tatelos laufen gelassen zu haben. Die Luft ist mit Elektrizität geladen. Ein Funke genügt, und die Explosion ist da. Es ist ganz zwecklos, den Kopf vor den Tatsachen in den Sand zu stecken und nicht sehen zu wollen, was jedermann sieht. Es herrscht Neunte-November-Stimmung.

Man mag noch so viel Entschuldigungs- und Erklärungsgründe für die Entwicklung anführen, die Tatsache läßt sich nicht wegdiskutieren, daß das Elend zu einem wesentlichen Teile durch die

Reichsregierung

herbeigeführt worden ist. Diese Regierung hätte stark sein können, wenn sie nur gewollt hätte. Innerpolitisch hat sie es gut gehabt wie keine ihrer Vorgängerinnen. Außenpolitische Rücksichten und, wie wir heute ruhig zugeben können, nicht immer richtig verstandene nationale Disziplin haben fast jede Kritik verstummen lassen, auch da, wo ein ernstes und kräftiges Wort am Platze gewesen wäre. Die Regierung Cuno aber bedeutet eine einzige Enttäuschung. Der Regierung Wirth wurde vorgeworfen, sie hätte sich häufiger gewandelt und sich im Zickzackkurs bewegt, aber

die Regierung Cuno bewegt sich überhaupt nicht mehr.

Sie steht still... Entweder hat die Regierung die heutigen Zustände vorausgesehen — dann sind ihre Unterlassungsünden groß, oder sie hat sich von ihnen überraschen lassen — dann hat sie es so an Voraussicht und politischem Instinkt fehlen lassen, daß man nur von einem glatten Bankrott

reden kann. Wie die Dinge liegen, muß man annehmen, daß die Regierung die innen- und außenpolitische Lage zu optimistisch von Anfang an beurteilt hat und daß ihre infolge dessen die Dinge über den Kopf gewachsen sind. Vor allem hat sie die Dauer des Ruhrkampfes ganz falsch eingeschätzt. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Regierung allzu sehr unter dem Eindruck unserer nationalistischer Phrasenmacher gestanden hat und daß sie an die Wirkungen starker Worte mehr geglaubt hat, als ihr und leider auch dem deutschen Volke bestmöglich war. Dabei wollen wir ganz die Gerüchte außer Acht lassen, die von bestimmten Einflüssen in der Reichskanzlei sprechen. Jedenfalls stehen wir heute vor dem Ende eines Regimes, die die auf falscher Beurteilung der Lage beruhende Politik der Reichsregierung herbeigeführt hat.

Hätte man die Mittel zum Ruhrkampf rücksichtslos durch Steuern aufgebracht, dann hätten wir vielleicht weniger nationale Redensarten gehört, dafür aber nicht die verhängnisvollen Konsequenzen einer Politik zu erleben brauchen, die, statt die Staatsgewalt mit starker Hand zu gebrauchen, lieber den

Einflüsterungen von Inzestkreisen folgte. Dann hätte es auch weniger Leute gegeben, die an der Markterfälschung verdient hätten... Es heißt, die Regierung arbeite jetzt mit aller Macht an der Ausarbeitung schnellfliegender Steuervorlagen, die große Beträge einbringen sollen. Eine gründliche Reform unseres Steuerwesens ist gewiß eine absolute Notwendigkeit, aber die Frage ist doch, ob sie schnell und durchgreifend genug erfolgen kann, um wirksame Hilfe zu bringen. Das Vertrauen zu der Regierung und auch zum Reichstag ist im Volke nach dieser Richtung jedenfalls außerordentlich schwach. Deshalb hört man fast aus allen Kreisen, selbst aus linksstehenden, den

Ruf nach einem Diktator

oder nach Einsetzung eines Wohlfahrtsausschusses, dem die Vollmacht zu diktatorischen Maßnahmen gegeben werden müsse. Dieser Ruf nach dem Diktator ist als Ausdruck der verzweifeltsten Stimmung bezeichnend und verständlich, aber doch ein Versuch mit untauglichen Mitteln. Die Regierung könnte Diktator sein, wenn sie es wollte, denn keine Partei und keine Berufsgruppe wäre heute in der Lage, energischen, Erfolg versprechenden Maßnahmen der Regierung Widerstand entgegenzusetzen. Der Reichstag will sich im Laufe des kommenden Monats versammeln. Je eher er es tut, desto besser. Freilich genügt es dann nicht, schöne Reden zu halten, sondern es muß endlich gehandelt werden. Kommt der Reichstag zu der Überzeugung, daß die augenblickliche Regierung nicht die Kraft und die Autorität mehr hat, um die Lage zu meistern, dann ist es seine Pflicht, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Er muß jetzt den Mut zur Verantwortung haben und Führerrollen zeigen. Findet er nicht die Kraft zu entscheidenden Entschlüssen, ohne Rücksicht auf Interessengruppen, dann ist das Schicksal des Parlamentarismus besiegelt und mit ihm, fürchten wir, das Schicksal des deutschen Volkes.

Die Ausführungen der „Germania“ sind klar, nur in einem Punkt bedürfen sie der Erläuterung. Wenn von „bestimmten“ Einflüssen in der Reichskanzlei geredet wird, so kann damit nur Helferich gemeint sein, der als einer der einflussreichsten Berater des Reichskanzlers gilt.

Die Regierung Cuno ist die zweite Reichsregierung der Republik ohne Sozialdemokraten. Die erste endete bekanntlich mit der Katastrophe des Londoner Ultimatus.

Die Regierung Cuno stützt sich auf die „Arbeitsgemeinschaft der Mitte“, deren Kernstück das Zentrum bildet, und die gegründet wurde, um der Sozialdemokratie ein Gegengewicht zu bieten.

Die Sozialdemokratie hat während des ganzen Ruhrkampfes sachlich die Auffassung vertreten, von dem die Kritik der „Germania“ an der Regierungspolitik jetzt ausgeht. Sie hat alles getan, um die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien auf dem Wege vorwärts zu drängen, der durch diese Auffassung vorgezeichnet wird.

Sie war aber auch stets und ist noch immer der Meinung, daß sich das Reich in seiner gegenwärtigen Lage den Luxus langwieriger, ausweglos scheinender Regierungskrisen nicht leisten kann, und daß daher negativen Konsequenzen, wenn sie gezogen werden, die positiven auf dem Fuße folgen müssen. Mit anderen Worten: Wer die Regierung Cuno stürzen will, muß dafür sorgen, daß eine starke, aktionsfähige, auf ehrliches Vertrauen breiter Volksmassen gestützte Regierung sofort als ihre Nachfolgerin auf den Plan tritt.

Auf alle Fälle gibt der Aufsatz erregende Artikel der „Germania“ einen Grund mehr ab, die rascheste Einberufung des Reichstags zu fordern. Es muß Klarheit geschaffen werden!

Im Beseidigungsprozess Kuttner-Davidsohn verwarf der Strafensatz des Kammergerichts am Freitag die von dem Angeklagten Davidsohn eingelegte Revision. Das Urteil der Strafkammer Berlin, durch das Davidsohn wegen abler Rede gegen Kuttner zur Höchstzulässigen Geldstrafe verurteilt wurde, ist damit rechtskräftig. In der Urteilsbegründung des Kammergerichts wird ausgeführt, daß die Strafkammer ohne Rechtsirrtum Notwehr des Klägers im Falle Davidsohn angenommen habe, daß andererseits der Schutz des § 193 dem Angeklagten nicht zustehe, weil die Form seiner Äußerung deutlich die Absicht erkennen lasse, den Kläger zu beleidigen und herabzuwürdigen.

Der Dollar steigt rapid.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Der Deutschnationale: Als wir noch einen Kaiser hatten, galt der Dollar 4,20 M. Wählt deutschnational, dann wird die Mark wieder...

Der Kommunist: Rechtsso, der Dollar mag ruhig weiter steigen. Dann haben wir in Deutschland bald russische Verhältnisse! Der Antisemite: Für jede Mark, die der Dollar steigt, sollte man einen Juden aufhängen!

Der Republikaner: An dem rapiden Verfall unserer Währung ist der Rathenau-Mord schuld.

Der Oesterreicher: Boriges Jahr habt Ihr uns besucht, wenn Ihr billig leben wolltet. Dieses Jahr kommen wir zu Euch. Das hätte sich vorm Jahr niemand träumen lassen!

Der Besitzer eines Spartassenscheines: Was hier noch steht, waren damals etwa 500 Dollar. Da muß ich eigentlich dafür bekommen...

Einer, der sich verrechnet hat: O, ich Rindvieh! Habe ich damals die 40 Dollar, die ich mir die ganze Zeit hindurch aufgehoben hatte, für 38 000 M. verkauft, weil ich dachte, der Rückgang des Dollarstandes würde anhalten!

Ein Konarsh a. D.: Jetzt steht der Dollar so hoch, daß ich meine Lebenserinnerungen ebenfalls nach Amerika verkaufen kann! Der Hausierer: Das stimmt, vor einer halben Stunde waren die Streichhölzer 50 M. billiger. Inzwischen ist aber auch der Dollar gestiegen!

Der Statistiker: Nun darf der Dollar nicht weiter steigen; denn auf dem Bogen, wo ich die Kurve einzeichne, ist nach oben hin kein Platz mehr.

Der Spielbürger: Zwischen Kriegs- und Nachkriegsjahren ist so gut wie kein Unterschied. Während des Krieges ging ich jeden Abend nach dem Markt, um nach dem Heeresbericht zu sehen. Jetzt schaue ich nach, wie der Dollar steht.

Der Beamte: Was habe ich denn von den Millionen, die ich jeden Monat bekomme? Es sind lappige 14 Dollar. 60 Dollar hätte ich eigentlich zu bekommen. Als ich anfing, kriegte ich 25 Dollar. O, diese Zeiten!

Klitterlicher Rechenunterricht: Ein Dollar gilt 4,20 M., 12 Dollar 12 mal soviel, das sind...

Der Spekulant: Diese Effekten möchte ich mit 600 Millionen Mark beleihen. Dafür will ich Dollar haben.

Der Industrielle: Der Dollar steigt! Das Geschäft blüht! Ein Besitzer von Reichsmark: Ach, wenn doch einmal die Mark soviel Dollar gelten würde, wie jetzt der Dollar Wert gilt!

An den Verwandten in Amerika: Und zum Schluß noch eine Bitte! Lege doch Deinem nächsten Schreiben, dem wir in größter Erwartung entgegensehen, wieder eine Dollarnote bei!

Der Schöpfer der deutschen Druckschrift. In dem Bestreben, einen großen Meister möglichst viel Wertvolles zuzuschreiben, hat man immer wieder die Ansicht verfolgt, daß Dürer die berühmtesten Schriften seiner Zeit und besonders die eigentliche deutsche Druckschrift, die Fraktur, geschaffen habe. Gegen diese durch nichts begründete Behauptung wendet sich Julius Zeiler in einem Aufsatz „Die Vinzenz-Rodner-Schriften“, den er im „Sammler-Album“ veröffentlicht. Er betont, daß Dürer tatsächlich der Schöpfer dieser Schriften völlig fern steht. Der wahre Urheber der beiden Hauptschriften, die im Anfang des 16. Jahrhunderts entstanden, der Typo des Gebetbuches Kaiser Maximilians und der Typo des „Theuerdank“, ist vielmehr der Geheimreiber Maximilian Vinzenz Rodner. Ein Schreibmeister hat also diese großartigen deutschen Schriften geschaffen, die noch der Form der Kantschrift angehören, aber deutlich den Weg zur Fraktur hinweisen. Neben diesen beiden Typen steht noch eine dritte bedeutende Schrift jener Zeit, die Typo der „Ehrensparte“ von 1515, die auch zu den Arbeiten für Kaiser Max gehört. Wie bei dem „Gebetbuch“ ist Dürer auch an der „Ehrensparte“ als Meister des Buchschmucks tätig gewesen. Damit ist aber noch keineswegs gesagt, daß auch die Druckschrift von ihm stammt. Als Schöpfer der Ehrensparten-Typo muß vielmehr der Schreibmeister Johann Neudörffer gelten, der selbst berichtet, daß er dem Formschneider Hieronymus Andreas in Nürnberg „eine Prop von Frakturdruckschrift“ gemacht habe, die er in Holz und in stählernen Punzen geschnitten hatte.

Die Neudörffer bildeten in Nürnberg eine ganze Schreibmeistergeneration, und der ältere Neudörffer war schon als Zwanzigjähriger Rechen- und Schreibmeister. Die von ihm geschaffene Typo, die in der „Ehrensparte“ von 1515 erscheint, ist die letzte Vorstufe für die eigentliche Fraktur, die dann in Dürers Schrift „Unterweisung der Messung mit dem Zirkel und Richtscheit“ von 1525 auftritt. Da dieses Buch keinen Druckvermerk trägt, so glaubte man, daß Dürer es selbst gedruckt habe. Es gibt aber keinen Anhalt dafür, daß Dürer in seiner Wohnung am Tiergärtner Tor eine Hausdruckerlei betrieben hat. Vielmehr geht auch die Typo der „Messung“ auf Johann Neudörffer zurück, und Dürer hat nur theoretischen Anteil an der Schaffung der Druckschrift genommen, die er dann selbst bei seinem Buche verwenden ließ. „Eine Dürer-Schrift“ oder gar eine „Dürer-Fraktur“ gehört also wohl zu den Legenden“, schließt Zeiler.

Die Chirurgie der Wilden. Ueber die Behandlungsmethode der eingeborenen Wundärzte im Sudan und ihre Gewaltsuren à la Doktor Eisenbart, teilt der Arzt Dr. Paul Tribler Einzelheiten mit, bei deren Befen der Europäer schon schaudert. Im ägyptischen Feldzug von 1889 beobachtete man die Schufwunden mit einem bereitgehaltenen, mit einer Mischung von Bienenwachs und Sefamid bestrichenen Pflaster. Die Wunde wurde nicht ausgewaschen, sondern nur abgetrocknet und mit Baumwollcharpie verbunden. Siegte die Kugel noch in der Wunde, so lenzte man Blei auf, um das in der Wunde befindliche Blei unschädlich zu machen. War die Kugel nicht mehr im Körper, so schloß man die Wunde durch Honig jezt gegen den Luftzutritt ab. In der Provinz Kassala, wo die medizinischen Kenntnisse der Eingeborenen einen ganz besonderen Tiefstand zeigen, pflegt man Wunden und Krebsgeschwüre mit Asche aus Holz oder

Pflanzen zu bedecken, wenn man nicht vorzieht, aus frischem Kuhmist und warmem Wasser bereitete Pflaster zu verwenden. Eben dort schnürt man bei Schlangengebissen das gebissene Glied fest ab, und legt, wenn man die Schlangentöten konnte, den Schlangenkopf auf die Wunde. Bei Verrentungen muß der Patient ein warmes Bad nehmen, worauf die Prozedur der Einrentung erfolgt. Handelt es sich um eine Schenkelverletzung, so bindet man den Kranken für acht oder neun Tage an zwei in die Erde gerammte Pfähle, um ihn an jeder Bewegung zu hindern. Im ägyptischen Sudan wie anderwärts auch schreitet man nur in den dringendsten Fällen zur Amputation eines Gliedes. Wie Dr. Hassan Zeit verlässerte, wurde in der Armee des Wahdi, wenn die Amputation unumgänglich war, der Patient in einem Raum festgebunden und mußte den Arm oder das Bein durch ein in die Wauer gehauenes Loch oder durch ein Fenster stecken. Das betreffende Glied wurde dann von dem mit der Operation betrauten Heilkünstler auf ein Kissen gelegt und durch einen Hieb mit dem kurzen Säbel abgetrennt. Die Amputationen wurden vor wenigen Jahren noch in Kordofan in dieser primitiven Art ausgeführt. Man taucht den Stumpf, um die Blutung zu stillen, in siedendes Del, und verbindet einige Tage nach der Operation die Wunde mit einem, aus einer Mischung von Salz und Holzasche bestehenden Pflaster.

Einsteig über den französischen Pazifisten Langedain. Bei den Friedensunterhandlungen, die am Sonntag anfänglich der neunten Wiederkehr der Lage des Kriegsausbruchs vormittags 10 Uhr in Berlin stattfinden, wird neben 20 Vertretern der deutschen Linksparteien und 5 Delegierten der englischen Kultur- und Parlamentsfreie als Abgesandter der Pazifisten Frankreichs der berühmte Physiker dieses Landes, Prof. Frank Gangevain, Paris, das Wort ergreifen. Prof. Albert Einstein schildert die Bedeutung Gangevains folgendermaßen: „Gangevain ist heute unter den theoretischen Physikern zweifellos der bedeutendste in Frankreich. Die junge Generation von Physikern besitzt in ihm den hervorragendsten wissenschaftlichen Lehrer des Landes. Seine wichtigsten wissenschaftlichen Leistungen liegen auf dem Gebiet des Magnetismus, der Ionenlehre und der Relativitätstheorie. Es ist ein Vorkämpfer der sozialen Gerechtigkeit und des pazifistischen Gedankens. Seine Freunde verehren in ihm eine Persönlichkeit von außerordentlicher Klarheit, Sauerkeit und Güte.“

Professor Gangevain wird in sämtlichen Rundgebungen des Sonntags das Wort ergreifen.

Ein Kraftwerk am Jordan. Auf der Strecke vom Meromsee bis zum Toten Meer fällt der Jordan um vierhundert Meter. Die Kraft dieser Abflüsse soll dem Lande dienstbar gemacht werden, vorerst zwischen dem See Tiberias und dem Ebene Heseel, wo das Gefälle auf einer Strecke von 12 Kilometern mehr als vierzig Meter beträgt. Erbauer dieses Wasserkraftwerks ist der russische Ingenieur Peter Ruthenberg, der wie „Das Neue Palästina“ mittel, unter Kerenski Gouverneur von Petrovburg man, sich aber seitdem von der Politik abgewandt hat. Ruthenberg hat eine ähnliche Anlage schon in Nord-Kalabrien geschaffen. Die Wasserkraft des Jordangefülltes wird in Elektrizität umgewandelt und gleichzeitig der Bewässerung des Landes dienstbar gemacht werden. Das Kapital für die Anlage — eine Million Pfund Sterling — ist von einigen Engländern aufgebracht worden.

Don Wulle bis Brandler.

Die Konterrevolutionäre KPD.

Raum hat Brandler die „Einheitsfront von Wulle bis Breitscheid“ entdeckt, so entdecken auch schon noch viel Radikale die Einheitsfront von Wulle bis Brandler. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ berichtet aus Rheinland-Westfalen: Im Ruhrgebiet hielten die KPD und UML mehrere öffentliche Versammlungen ab, die gut besucht, teilweise überfüllt waren. In Essen hat die KPD, es für nötig gehalten, einen Vertreter der Reichszentrale — Maslowitz — zu entsenden, der den Nationalismus der KPD und der Dritten Internationale verteidigen sollte. Er kam jedoch gar nicht, seine Weisheiten an den Mann zu bringen. Die Gemeindeführer der KPD, die bei den letzten Hungerrevolten ihre Hundertschaften dem Essener Postpräsidenten zur Verfügung stellten, um auf alle Fälle die „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten, waren denn doch noch in zu lebhafter Erinnerung. Die Proleten ließen ihn einfach nicht sprechen.

Auch bei den Erwerbslosen hat die KPD völlig abgewirtschaftet. Eine Versammlung des „Kontrollausschusses“ von Essen wurde, nachdem die Versammlungsleitung ausgerufen war, von unseren Genossen zu Ende geführt. In einer Versammlung der Erwerbslosen selbst wurde die gesamte Versammlungsleitung der KPD von den Verammelten aus dem Saal gewiesen und die Bonzen hinterher. Die KPD-Genossen selbst haben zum großen Teil das Treiben ihres Klüngels durchschaut und lassen sich nicht mehr als willige Hunde für die KPD-Hundertschaften gebrauchen.

Man sieht: die KPD und die UML können es genau so gut gegen die KPD, wie diese gegen die verrückte „USPD.“ Ihr Radikalismus übertrumpft den der größeren Konkurrentin noch um einige vorangestellte, lang dahin rollende Rrrr... Leid kann einem nur die Arbeiterchaft tun, auf deren Kosten all diese Narrenspotten getrieben werden!

Die Deutschnationalen proklamieren:

Der Antifaschistentag hat stattzufinden.

Während Dr. Raurenbrecher von der Böllischen Fraktion in der „Deutschen Zeitung“ vor kurzem feststellte, daß die Kommunisten gar nicht die Macht haben, sich in einen Kampf um die Macht einzulassen und daß es deshalb keine kommunistische Gefahr gibt, gebraucht die deutschnationale „Kreuzzeitung“ auch weiter den Kommunismus als Deckmantel für die Hege zum Bürgerkrieg. Es heißt da:

„Rüsten ist Anfang und Ende der Pläne, die geschmeibet werden. Rüsten für den Bürgerkrieg, dessen Ausbruch niemand vorherbestimmen kann, der aber von den Kommunisten mit Sicherheit erwartet und beschleunigt wird.“

Das poßt ganz ausgezeichnet zu Raurenbrechers Feststellung: „Es wird nichts geschehen, denn er (der Kommunismus: Ann. d. Red.) hat die Macht nicht, irgend etwas Ernstliches im Kampf um die Regierungsgewalt zu unternehmen.“ Auch in deutschnationalen Kreisen weiß man natürlich sehr genau, was von der kommunistischen Soldatenpielerei zu halten ist. Man laßt heimlich darüber und gebraucht sie als willkommene Kulisse. Es ist noch immer so gewesen, daß die kommunistische Kabaupolitik die beste Stütze für die Monarchisten ist.

Deswegen herrscht im völkisch-deutschnationalen Lager auch eitel Entrüstung über das Verbot der Demonstrationen im Freien, und die „Kreuzzeitung“ versteigt sich gar zu der Proklamation: „Der Sonntag wird den Antifaschistentag bringen. Trotz aller Verbote und Prostrationen!“ Das hätte auch die „Rote Fahne“ nicht besser sagen können. Also, Kommunisten, angetreten in Reich und Glied! Die deutschnationale Volkspartei von Halentreu und Wilhelms Gnaden befehlt, Ihr habt zu parieren!

Braunschweig, 27. Juli. (WZ.) Wie die „Braunschweigischen Neuesten Nachrichten“ melden, läßt die Polizeidirektion ihrem Verbot der Versammlungen unter freiem Himmel und der Umzüge am Sonntag heute eine weitere Bekanntmachung

Das Kraftwerk soll dem Jordanwasser zunächst jährlich 16 Millionen Kilowattstunden abgewinnen. Die Anlage ist nur ein kleiner Teil innerhalb des großen Planes der wirtschaftlichen Erschließung und modernen technischen Durchdringung des Saales.

Austristen der „Pharao-Ameise“. Die kleine gelbrote Pharao-Ameise, die in Deutschland nicht selten ist, die aus den Tropen, wahrscheinlich aus Indien stammt, aber seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts durch den Schiffsverkehr weit verbreitet ist, tritt neuerdings bei uns als lästiger Schädling auf. Z. B. haben verschiedene große Krankenhäuser darüber zu klagen. Die Ameisen überfallen in Scharen die Lebensmittel, sind besonders begierig auf süße Stoffe, wie Zucker, Marmelade und Kuchen, bevorzugen aber auch frisches Fleisch. Gefährlich werden sie in Krankenhäusern durch ihre Fortleitung für Eiter, Blut und Sputum, die sie verschleppen. Es ist ferner beobachtet worden, daß sie kranke Kinder gelegentlich überfallen und ihnen in Nase, Mund, Ohren und Augen kriechen. Ihre Bekämpfung ist sehr schwierig, weil sich ihre Nester meist in den Grundmauern der Häuser befinden.

Noch weit unangenehmer ist eine zweite, bisher in Deutschland nur in Gewächshäusern gefundene, größere Ameisenart, die argentinische Ameise, die in den südlichen Vereinigten Staaten in Krankenhäusern großen Schaden anrichtet. Auf ihr Vorkommen wäre auch bei uns zu achten. Wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ mitteilt, ist die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft mit Studien über Vorkommen und Schädigungsart dieser Ameisen beschäftigt.

Eine spanische Arbeitsgemeinschaft hat sich auf Veranlassung des preussischen Kultusministers in Berlin gebildet, die für die im Lande weitverbreiteten Interessen einen Mittelpunkt schaffen will. Es sind Vorträge deutscher Gelehrter und spanischer Gäste, regelmäßige Studientage und Kurse vorgesehen. Die Arbeit soll zunächst den Schulen zugute kommen. Durch die Schule soll aber die Pflege der Sprache und das Verständnis für Literatur, Kunst und die ganze Kultur des Volkes auch in weitere Kreise getragen werden. Eine Bücherei ist in Entwicklung. Eine würdige Stätte ist der Gemeinschaft durch das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Straße 120, geboten.

Dem Reichsminister a. D. Genossen Dr. Tapir ist von der Dozentkammer technischen Hochschule das Recht, Vorlesungen zu halten über Wissenschaft und Kunst, erteilt worden.

Professor Max Wolf, der bekannte Bahnenforscher und Spezialist für Sonnenfleckensysteme, ist im Alter von fast 80 Jahren gestorben. Er war seit 1878 Lehrer an der Berliner Hainstraße.

Die philosophische Fakultät der Universität Halle ist auf ihren Antrag vom Kultusminister in eine philosophische und eine naturwissenschaftliche Fakultät geteilt worden.

Der Tag des Hornes, ein neues Drama von Alfred Bruch, ist vom Antiquar der Kaiserlichen Bibliothek, Stoll, zur Aufführung erworben worden.

Ein Weltkongreß der Oberen findet vom 2. bis 8. August in Nürnberg statt. Der Reichspräsident ist Ehrenpräsident. Bisher haben Angehörige von 41 Staaten ihre Teilnahme in Aussicht gestellt.

folgen, in der es heißt, daß Anzeichen dafür vorliegen, daß das erwähnte Verbot nicht beachtet wird und daß es zu Zusammenstößen kommen wird. Gegen Unbotmäßige werde mit dem erforderlichen Nachdruck vorgegangen werden. Die Polizeidirektion warnt davor, sich am Sonntag unnötig auf der Straße aufzuhalten, da Neugierige Gefahr laufen, wie Unbotmäßige behandelt zu werden.

Sachsen, Oeser und Cuno.

Die Scherpresse, von der man nicht weiß, inwieweit man sie als regierungsoffiziös betrachten soll, fällt über die hiesige Rückfrage der sächsischen Regierung wegen der bekannten Bürgerkriegserklärung in WZB mit aufgeregten Schimpfworten her. Sie erwartet vom Reichskanzler eine auf den gleichen Ton gestimmte Antwort. Man darf ja gespannt sein...

Das „Berliner Tageblatt“ teilt mit, daß jene Regierungserklärung erlassen wurde, während der Reichsminister Oeser — der dafür zuständig ist — dienstlich abwesend war. Das Blatt äußert in diesem Zusammenhang über die Formulierung der Erklärung in bezug auf Sachsen und Thüringen „berechtigtes Bedauern“. Man darf daraus schließen, daß der dem „Berliner Tageblatt“ nahestehende sächsische Minister diesem „berechtigten Bedauern“ über die Art, wie man während seiner dienstlichen Abwesenheit in sein Ressort hineinregiert hat, nicht ganz fern steht.

Der bayerische Separatismus.

Referendum — Eigene Finanzverwaltung — Lösung der Bahnen.

München, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Bayerische Landtag leistete in diesen Tagen Akkordearbeit, um in die Sommerferien zu kommen. Bei diesem großen Aufwaschen möchte nun die herrschende Regierungspartei gleichsam im Handumdrehen auch Dinge mit erledigen, die die politische „Entwicklung“ Bayerns seit dem Jahre 1918 hemmen und Bayern wieder in die königliche Höhe von dazumal zurückführen sollen. Dazu gehört einmal die geplante Verfassungsänderung über das Referendum, das in seiner neuen Form die Brücke für den Staatspräsidenten werden soll, und dazu gehört auch die Einrichtung einer eigenen bayerischen Finanzverwaltung. Die für die erste Gesetzesvorlage notwendige Zweidrittelmehrheit wird, wie schon mitgeteilt, in der Vollstreckung der kommenden Woche nicht erreicht werden. Aber auch mit der Verabschiedung der Vorlage über die eigene Finanzverwaltung blieb die Bayerische Volkspartei heute in der Minderheit, da sämtliche anderen Parteien für eine Vertagung auf den Herbst stimmten. Die Herren am Anilung zogen darauf sofort einen anderen Antrag aus ihren Rappen, der verlangt, daß die feinerzeit an das Reich verkauften Eisenbahnen wieder dem bayerischen Staatsbetrieb einverleibt werden sollen. Verhandlungen darüber sollen mit der Reichsregierung ungesäumt eingeleitet werden. Der Antrag stützt sich auf die bekannten zwei Denkschriften aus den Kreisen der Bayerischen Volkspartei selbst, die vor einigen Wochen erschienen sind und deren Ergebnis vom Reichsverkehrsministerium zum Teil schon widerlegt wurden. Die Beratung des Antrags nahm heute den ganzen Tag in Anspruch. Die Demokraten verlangten, daß zuerst ein unparteiischer Ausschuss die in den beiden Denkschriften aufgestellten Behauptungen untersuchen soll und dann erst soll der Landtag mit den Materialien befaßt werden. Die sozialdemokratische Fraktion schloß sich diesem Antrag an, wobei Genosse Endres betonte, die Sozialdemokraten treten für eine vernünftige Dezentralisation ein, die sehr wohl möglich sei auch ohne Aufstellung der Reichsbahnen. Die Beratung ist zwar noch nicht zu Ende, doch ist voraussehen, daß der Antrag der Bayerischen Volkspartei mit den Stimmen der Regierungsmehrheit angenommen wird.

Ernst Lage in Schlesien.

Breslau, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der schlesischen Metallindustrie, wo die Arbeiter seit anderthalb Wochen teils ausgegipert sind, teils sich im Ausstande befinden, kam es heute zur Abstimmung über das Ergebnis der von den Parteien eingeleiteten Lohnverhandlungen. Die Arbeitermehrheit lehnte dabei den festgesetzten Satz von 18 000 M. Stundenlohn bezüglich der jeweils vom Lohnamt festzusetzenden Indeziffer als unzureichend ab und beschloß weiter im Streik zu bleiben. Dieses Ergebnis der Abstimmung ist auf die wachsende Leertung wie auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Auszahlung immer erst elf Tage nach der Festsetzung durch das Lohnamt erfolgt.

Durch die Fortführung des Streiks ist die an sich sehr gespannte Lage in Breslau noch verschärft worden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß es hier zu Unruhen kommt, die ohne politischen Charakter ihre Ursache zunächst lediglich in der Ueberbannung der Leertung haben würden. Auf dem Lande ist es bereits hier und da zu Raubzügen einzelner Trupps gekommen, welche sich Produkte von den Feldern holten. Die Behörden beurteilen die Sachlage sehr ernst und beraten über Maßnahmen, um den Ausschreitungen vorzubeugen. Schwierigkeiten bestehen jedoch darin, daß alle polizeilichen Maßnahmen nothwendig unzulänglich bleiben müssen, solange nicht gleichzeitig auch wirtschaftliche Maßnahmen getroffen werden können, die die Not der Bevölkerung beheben.

Noch eine Besetzung!

Eisen, 27. Juli. (Eca.) Nach Bekanntmachung der belgischen Besetzung ist der bekannte und wichtige Eisenbahnkreuzungspunkt Herzell-Dorsten seit heute in das besetzte Gebiet einbezogen worden.

Frankfurt a. M., 27. Juli. (WZ.) Die französische Garnisonverwaltung in Trier richtet auf dem Kasappplatz in einigen dortigen Mietshäusern öffentliche Freudenhäuser ein. Die bisherigen Bewohner dieser Häuser werden zwangsweise ausgehakt und erhalten feere Eisenbahnerwohnungen zugewiesen.

Neuß, 27. Juli. (WZ.) Die Besetzungsbehörde bestimmte 50 Personen (Stabierordner, Portier und Gewerkschaftsführer, darunter Eisenbahner) als Geiseln zur Begleitung der Züge Neuß-Dormagen und auf anderen Strecken. Die Geiseln müssen sich in bestimmten Gruppen jedesmal eine Stunde vor Abfahrt des Zuges einfinden, erhalten ein besonderes Abteil angewiesen und müssen noch eine Stunde nach Ankunft zur Verfügung der Besetzungsbehörde bleiben.

Besetzungsbehörden gegen Gewerkschaften.

In letzter Zeit gehen die Franzosen und Belgier gegen die Angestellten des Bergarbeiterverbandes härter als bisher vor. So wurde der Bezirkssekretär des Bergarbeiterverbandes, Johann Specht in Ramstein, mit keine Familie ausgewiesen. Weiter wurde der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Gustav Unverricht zu Gladbeck (Westfalen), verhaftet und vor ein Kriegsgericht gestellt. Das Urteil lautet: 3 Monate Gefängnis und 1 Million Mark Geldstrafe. Als Grund wird angegeben, daß Unverricht die „Berg-

arbeiterzeitung“, das Organ des Bergarbeiterverbandes“, verbreitet habe. Dabei ist die „Bergarbeiterzeitung“ im Ruhrrevier nicht verboten, sondern das Verbot erstreckt sich nur auf das alibesetzte belgisch-französische Gebiet. Bekanntlich war in Raaden der Bezirksleiter des Bergarbeiterverbandes, Mathias Schöffler, im Mai d. J. verhaftet worden, er wurde aber bald wieder freigelassen. Jetzt hat man Anfang Juli den Bezirkssekretär Hugo Ray und dessen Frau verhaftet und ins Gefängnis abgeführt. Beide sollen verdächtig sein, gegen die belgische Besetzungsbehörde gearbeitet zu haben.

Wenn die belgisch-französischen Besetzungsbehörden glauben, durch ein derartiges Vorgehen gegen den Bergarbeiterverband und seine Angestellten den Widerstand der Bergarbeiter brechen zu können, dann sind sie auf dem Holzweg. Dieses Vorgehen steht auch im Gegenlag zu den Versicherungen des Generals Degoutte und anderer Generale der Besetzungstruppen, daß den gewerkschaftlichen Organisationen keine Schwierigkeiten gemacht werden sollen.

England und die Rechtsfrage.

Viele Monate hindurch hat die englische öffentliche Meinung eine Gleichgültigkeit gegenüber der Rechtsfrage in der Ruhrbesetzung an den Tag gelegt, die auf uns um so befremdender wirken mußte, als sie dieser Seite des Problems von Anfang an besondere Bedeutung beigemessen und den ganzen passiven Widerstand mit der Verletzung des § 18 begründet hat. Diese Gleichgültigkeit der Engländer wurde zum Teil damit erklärt, daß sie als praktische Menschen wenig Sinn für juristische Kontroversen haben; in Wirklichkeit dürfte der Gedanke dabei mitgesprochen haben, daß es der englischen Regierung schlecht anstünde, gegen eine Vertragsverletzung zu protestieren, die sie unter Lord George selbst zu begehen im Begriffe war, als sie beim Londoner Ultimatum vom Mai 1921 mit dem gemeinsamen Einmarsch ins Ruhrgebiet drohte.

Um so beachtenswerter ist es nun, daß jetzt der „Daily Telegraph“, der der Regierung Baldwin nahesteht, die Rechtsfrage aufwirft, um zu dem Schluss zu gelangen, daß die Ruhrbesetzung tatsächlich dem Friedensvertrag widerspricht:

„Die Rechtsansicht Amerikas und Englands erhebt gegen die französische Auslegung des § 18 der Anlage II des Abkommens Reparation Widerspruch. Zur Unterstüßung ihres Standpunktes führt sie gewisse Tatsachen an, die mit den ursprünglichen alliierten Verhandlungen über diese Bestimmung in Paris zusammenhängen. Diese Verhandlungen zogen sich sowohl zwischen den führenden alliierten Staatsmännern, wie zwischen den technischen Kommissionen lange hin. Das Ziel der Bestimmung war, ein System von Zwangmaßnahmen für den Fall einer deutschen Nichterfüllung zu finden, welches die Mächte, insbesondere Amerika, nicht zu militärischen Maßnahmen nötigen sollte. Deshalb wurden Repressalien und Verbote von finanziellen und wirtschaftlichem Charakter besonders erwünscht. Auf die Einfügung des Eigenschaftswortes „vorläufig“ vor dem Wort „Nichterfüllung“ wurde von der amerikanischen Delegation trotz des lebhaften Widerstandes der französischen Delegation, der drei Tage währte, bestanden.“

Andererseits wurde der Gebrauch des Ausdrucks „bestimmte Regierungen“ von den Verfassern und Unterhändlern des Vertrages in keiner Weise als im Sinne von „jede einzelne Regierung“ ausgelegt, wie es jetzt von Paris geschieht, um das getrennte Vorgehen durch eine oder mehrere Mächte zu rechtfertigen. Im Gegenteil, man war damals der Ansicht, daß im Falle einer vorläufigen Nichterfüllung Deutschlands die beteiligten Mächte sich erst unter sich darüber verständigen müßten, welche Maßnahmen in den Grenzen der Bestimmung ergriffen werden sollten. Zu der Zeit, als die Bestimmung entworfen wurde, bestand niemals die Absicht, daß auf militärische Maßnahmen gegen Deutschland in seinem unbefestigten Gebiete zurückgegriffen werden soll.“

Wir hoffen, nicht nur im Interesse des Völkerrechts, sondern auch aus Gründen der praktischen Politik, daß die englische Regierung nunmehr und in größerem Maße als bisher der Rechtslage Rechnung tragen wird. Denn jede Regelung des Ruhrkonflikts bliebe lückenhaft und unbefriedigend, die nicht auch für die Zukunft eine Wiederholung solcher militärischen Strafexpeditionen grundsätzlich ausschließen würde.

In dieser Hinsicht ist auch eine Meldung der franzosenfreundlichen „Daily Mail“ bemerkenswert, wonach in Londoner politischen Kreisen Gerüchte im Umlauf seien, daß in dem englischen Memorandum der Sach enthalten sei, die englische Regierung weigerte sich, auf Grund der Neuerungen verschiedener juristischer Sachverständiger, die Befähigung der französisch-belgischen Ruhrbesetzung anzuerkennen.

In der Meldung der „Daily Mail“ heißt es:

Nach Mitteilung aus unterrichteter Kreise sei der Bericht der englischen Juristen auf dem Argument aufgebaut, daß in den Artikeln 428—432 im Teil 14 Abschnitt 1 des Friedensvertrages, die einzigen Artikel, die die Besetzung von deutschen Gebieten ermahnen, von der Rheinlandbesetzung die Rede sei. Die englischen Sachverständigen stehen nun auf dem Standpunkt, daß in Uebereinstimmung mit dem Artikel 430 kein weiteres deutsches Gebiet von den Alliierten besetzt werden könne. Bei der strengen Geheimhaltung des englischen Memorandums, schreibt „Daily Mail“ weiter, sei es nicht möglich, dieses C-rücht nachzuprüfen, doch sei das Blatt in der Lage, den französischen Standpunkt zu dieser Frage mitzuteilen.

Frankreich argumentiere folgendermaßen: Der Artikel 430 könne nur auf die Rheinlandbesetzung Bezug haben, weil im Friedensvertrag keine andere Besetzung vorgesehen sei. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei aber auf Grund des § 18 Anhang II des Abschnitts 3 des Friedensvertrages erfolgt, der bestimme, daß diejenigen Maßnahmen, zu denen die Alliierten greifen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nachträglich nicht nachkommt, von Deutschland nicht als feindselige Handlungen betrachtet werden können. Diese Maßnahmen können wirtschaftlicher oder finanzieller Art sein, wie die Alliierten es als durch die Umstände geboten erachten. Weiter berufe sich der französische Standpunkt auf das Ultimatum der Alliierten, das auch von England unterzeichnet wurde und in dem die Ruhrbesetzung angedroht wurde. Dieses Ultimatum sei auf Grund des genannten § 18 erfolgt. Frankreich betrachte also die Ruhrbesetzung als juristischen Faktor, der durch Unterzeichnung der diplomatischen Dokumente von allen Kanzleien Europas anerkannt sei und berufe sich besonders auf die Unterschrift Lord Georges. Es bleibe noch die Auslegung des Wortes „respektiv“ und hier seien die französischen Sachverständigen der Meinung, das Wort bedeute, daß jede der genannten Regierungen selbständig vorgehen berechtigt sei. Man sei in Paris der Ansicht, Baldwin könne keinesfalls auf die Idee verfallen, die Befähigung einer Auslegung abzulehnen, die im Mai 1921 durch Lord George anerkannt worden sei.

Tatsächlich steht die Ruhrbesetzung im Widerspruch sowohl zu dem § 18 der Anlage zum VIII. Teil des Friedensvertrages, der die Sanktionsfrage berührt, wie auch zu den Artikeln 428 bis 430 im XIV. Teil, die sich auf die Rheinlandbesetzung beziehen.

Die Fortschritte der Arbeiterpartei. Bei der Erlohwahl für das Unterhaus in Mittel-Beeds errang der konservative Kandidat Charles Wilson mit 13 085 Stimmen gegen den Kandidaten der Arbeiterpartei, Steffer (11 359 Stimmen) und den der Liberalen, Stone (3026) Stimmen den Sieg. — Tatsächlich bedeutet dieses Ergebnis einen starken Stimmenzuwachs der Arbeiterpartei, denn bei der Hauptwahl verteilten sich die Stimmen wie folgt: Konservative 14 137, Arbeiterpartei 7899, Liberale 6260.

Gewerkschaftsbewegung

Die deutschen Arbeitgeberverbände.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1922 herausgegeben. Der 188 Großseiten umfassende Bericht, der erstmals im Buchhandel zu beziehen ist (Grundpreis 2,50 M.), verwertet über das Berichtsjahr hinaus die wesentlichen Ereignisse der ersten Monate dieses Jahres und gibt über die Stellungnahme der Vereinigung auf dem Gebiete der Sozialpolitik ein anschauliches Bild. Insbesondere den größeren Gewerkschaften, denen diese Stellungnahme zwar nicht unbekannt ist, bietet der Bericht manchen Anhaltspunkt und kritische Vergleichsmöglichkeiten.

In der einleitenden „Gesamtbetrachtung“ wird u. a. beklagt, daß „unser innerpolitischer Zustand, das Schwanken zwischen Erfüllungserwartungen und Stundungsgefühlen wegen Unmöglichkeit der Leistung“ sehr geschloffenheit des Volkes erzeuge. „Dem geschloffenen Herzen der politischen Parteien um die Mitarbeit der sozialdemokratischen Parteien blieb der Erfolg verlagert. Immer mehr arbeitete sich die Sozialdemokratie in die Isolation hinein...“ wobei jedoch wohlweislich verschwiegen wird, weshalb „bis sie schließlich zum Zusammenbruch aller drei (?) sozialdemokratischen Parteien durch Ablehnung jeder Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei den Kanzler Wirth zu Falle brachte...“ Die Zeit nach Rathenau's Tode mit ihren Demonstrationstreifs und dem Geleise zum Schutze der Republik stellte den Höhepunkt innerer Zerrissenheit und Verwirrung dar. „Auch hier wird mit keinem Wort auf die Ursachen, die systematische Hege der Reichsregierung gegen die Republik und ihre Vertreter eingegangen. Die Arbeit der Vereinigung der Arbeitgeberverbände sei auf den Grundton der Volksgemeinschaft in besonderem hohem Grade eingestellt worden. („Wie ich es auffasse,“ sagte Michaelis.) „Anstatt der aus unklaren Revolutionsideen geborenen romantischen Vorstellung der Grund- und Menschenrechte des Individuums“ müsse „sich wieder der klare, nützlichere Pflichtenbegriff des einzelnen und der Gesamtheit herausbilden.“ „Das natürliche Führertum der Wirtschaft und ihrer Leiter, das durch die Revolution und ihre Folgeresultate misshandelt und verlorengegangen war, wieder zu erwecken und zur Anerkennung zu bringen, haben wir als unsere „beständige Aufgabe betrachtet...“ „Mit der Verneinung jeden Autoritätsgedankens verneinte man auch die Autorität des Staates, man betrachtete den Staat (Wer in erster Linie? D. Red.) als etwas Fremdes, dem man jeden Schaden zufügen könne, oder suchte ihn zu beherrschen und ihn den eigenen Interessen dienlich zu machen,“ während es mehr als je Pflicht sei, den Staat zu stärken und ihm in freiwilliger Unterordnung zu dienen. Soweit sich diese Betrachtung etwa an die Adresse der Arbeitnehmergemeinschaft richtet, wäre mit Heinrich Heine zu sagen: „In hungrigen Tagen Eingang finden nur Suppenlogis mit Knädelgründen...“

„Dem Arbeitsgemeinschaftsgedanken habe man trotz mancher Schwierigkeiten und trotz der im Arbeitgeberverbanden wachsenden Ablehnung derselben festgehalten. Doch müsse schärfer als bisher betont werden, daß das Wesen der Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht in einem dauernden Ringen der Arbeitgeberseite begründet sein könne.“

„Die schwerste Probe mußte das Verhältnis von Arbeitgeber zum Arbeitnehmer in der Lohnfrage erfahren.“ In ununterbrochenen, immer neuen Verhandlungen mußte man versuchen, die Löhne den veränderten Verhältnissen anzupassen, bei der Unklarheit, Unsicherheit und dem Verfall unserer Wirtschaft ein unendlich schwieriges Problem. Daß es trotzdem gelungen sei, dürfte als ein bleibendes Verdienst der beteiligten Organisationen und Persönlichkeiten angesehen werden. „In dieser mühseligen Dauer- und Kleinarbeit mußten unsere Arbeitgeberverbände freilich fast erstickend, und es ist kein Wunder, wenn hier und da Fehler gemacht wurden und die große Linie gemeinsamer Lohnpolitik verloren ging.“ Die Rotenbedeutung des sozialpolitischen Zusammenarbeitens bei den Verbänden sei jedoch zu immer sichtbar werdendem Erfolg gekommen. Die Vereinigung habe es als besonderes Ziel betrachtet, diese Lohnpolitik in den Rahmen der gesamten Wirtschaftspolitik einzupassen. Auch „den Gedanken der Verbundenheit unserer Sozialpolitik mit der Wirtschaftspolitik“ habe die Vereinigung immer wieder zum Durchbruch zu verhelfen gesucht. Sie habe in Wort und Schrift versucht, „die verantwortlichen Stellen von einer Einstellung, als ob die Sozialpolitik nur Wohlfahrtspflege und dies in der Hauptsache auch nur für Arbeiter sei, abzubringen und sie zu überzeugen, daß auch die Sozialpolitik... das Volksganze im Auge behalten muß.“ Sie habe den Gedanken des Zwanges bekämpft und an seine Stelle den der „Freiheit“ eingetauscht. Die geschwebenden Faktoren müßten sich von der Gelegenheitsgesamtmacherei und von der ausschlaggebenden Berücksichtigung tatsächlicher Verhältnisse freimachen und zu einer „großzügigen Sozialpolitik“ durchdringen.

Die Schlussbetrachtung behandelt den Einbruch in den Ruhezustand und verweist bezüglich der Stellungnahme der Arbeitgeberverbände auf die Mitgliederversammlung der Vereinigung am 14. März im ehemaligen Herrenhause. Die durch die Besetzung geschaffene „Lage habe die Arbeitgeberverbände in den Vordergrund des öffentlichen Wirkens gestellt. Bei dem Versuch der deutschen Regierung, eine gewisse Stetigkeit in die wirtschaftlichen und Geldverhältnisse des Deutschen Reiches zu bringen, waren die Arbeitgeberverbände in erster Linie zur Mitarbeit berufen, weil von der hier einzuschlagenden Lohnpolitik das Gelingen oder Mißlingen dieses Schrittes abhängig war. Unter der Voraussetzung, daß schließlich doch eine Verständigung über das von Deutschland zu leistende erzielt wird, seien die Arbeitgeberverbände wiederum mit an erster Stelle berufen, die Grundlagen für eine von der deutschen Wirtschaft tragbare Gesamtleistung zu schaffen und zu erhalten. Auch zu diesem Kapitel wäre manches zu sagen, wozu wir jedoch aus verschiedenen Gründen absehen wollen.“

Wir behalten uns vor, auf den eigentlichen Bericht noch einzugehen.

Die kommunistische Einheitsfront.

Man schreibt uns: In der „Roten Fahne“ Nr. 171 vom 27. Juli giebt ein Beauftragter der KPD-Fraktion in der Reichsdruckerei einen vollen Schmutzbeutel über unsere dort tätigen Genossen aus. Es widerstrebt uns, auf die Schmutzigkeiten einzugehen und dem persönlich unanständigen Artikelschreiber einen willkommenen Anlaß zu weiteren unehrlichen Lügen zu bieten. Darum stellen wir nur fest: der „Berat der Behold und Genossen“ bestand darin, daß sie es ablehnten, als Obdiente der freien Gewerkschaften eine Propaganda für den „Antifaschistentag“ der KPD zu entfalten. Die Interessenvertretung der Arbeiterschaft war und ist uns zu ernst, um sie, wie es die Kommunisten tun, zu Parteispielerereien zu benutzen. Wenn versucht wird, mit einem Zitatenbuckel aus Artikeln der „Roten Fahne“ einige wenige Personen für die heutigen Zeitnöte verantwortlich zu stempeln, so zeigt das nur, wie herabsehend die Kommunisten die Arbeiterschaft der Reichsdruckerei einschätzen. Nachdem gerade unter Mitwirkung der Kommunisten erst eine frei-

Achtung, Genossen!

In den heutigen Betriebsversammlungen dürfte vielfach der Verluh gemacht werden, trotz des behördlichen Verbotes und trotz des Verzihts der KPD-Zentrale auf Kundgebungen im Freien für wilde Demonstrationen Stimmung zu machen. Ein solcher Verluh kann nur von Leuten ausgehen, die von den Folgen ihres Verhaltens keine Vorstellung haben oder die, bewußt und unbewußt, den lächlichsten Feinden der Arbeiterbewegung Vorschub leisten. Darum: Vorsicht und kaltes Blut!

gewerkschaftliche Liste zur Neuwahl des Betriebsrats aufgestellt worden ist, bezichtigten dieselben Leute den Genossen Behold der „Sprenzung der Einheitsfront“, weil die Richtung Amsterdam Handzettel herausgegeben hat und machen ihn wider besseres Wissen dafür verantwortlich. Der Grund ist durchsichtig. Nur persönliche Herabsetzung zieht nach. Sachlich und ehrlich ist gegen alle geschmähten Genossen nichts einzuwenden. Darum kann nur Verleumdung und Verdächtigung bei den Arbeitern Mißtrauen erwecken. Unsere Genossen bitten wir, beim Erscheinen weiterer Schmähamphele an die KPD, die freundliche Frage zu richten, ob die Redaktionsgeschäfte der KPD-Fraktion in der Reichsdruckerei von einem Jögling der Anstalt in Buch erledigt werden.

Fraktion der KPD in der Reichsdruckerei.

Lohnregelung für die Musikinstrumentenarbeiter.

Von den Funktionären erstattete Feller am Donnerstagabend im „Reichsberger Hof“ Bericht über das Ergebnis der Lohnverhandlungen. Es sei bedauerlich, daß sich die Verhandlungen diesmal durch Differenzen bei einer Firma, auf deren vorherige Beilegung die Unternehmer bestanden, verzögert haben. Von der Organisation war als Kernpunkt die Forderung einer 75prozentigen Lohnerhöhung aufgestellt. Wie immer in solchen Fällen, habe man auch hier einen Mittelweg zwischen dem minimalen Angebot der Arbeitgeber und der Forderung finden müssen, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen. Nach dem neuen Abkommen werden auf die Löhne der dritten Juliwoche 55 Proz. Zulage gewährt, wodurch sich ein Stundenlohn von 28780 Mark ergibt. Desgleichen sind die Werkzeugzuschläge und Affordätze erhöht worden. Die Schloffer in den Mechanikbetrieben erhalten 10 Proz. zu den bestehenden Löhnen. Für Pneumatiker beträgt der Stundenlohn 30330 M. Die Lehrlinge erhalten nach der Vereinbarung ebenfalls eine 55prozentige Zulage. Das Abkommen gilt für die letzte Juliwoche. Einer der nachfolgenden Redner kam noch einmal auf den vorerwähnten beilegenden Konflikt zu sprechen. Lebhaftige Krage wurde darüber geführt, daß die Verhandlungen immer erst stattfinden, wenn die Kollegen bereits einige Tage für das auszubehaltende Geld gearbeitet haben. Wilms gab über die Gewährung und Bezahlung der Ferien näheren Aufschluß. Feller empfiehlt in seinem Schlusswort noch einmal die Annahme der von der Organisation getroffenen Vereinbarungen. Die Lohnzahlung müsse nach wie vor Dienstags und Freitags erfolgen. Die Abstimmung ergab die Annahme des Lohnabkommens.

Die Löhne in der Berliner Metallindustrie.

Der Lohn beträgt ab 23. bis 29. Juli in Klasse I 29 000 M. Die übrigen Klassen erhöhen sich im gleichen Hundertsatz, die Afforde werden im gleichen Verhältnis von der alten zur neuen Affordbasis erhöht. Der Umrechnungsfaktor beträgt 1,70. Die neue Affordbasis beträgt ab 23. Juli in Klasse I 27 600 M. Am Montag, den 30. Juli, bzw. Dienstag, den 31. Juli, wird ein Vorkauf für Arbeiter über 21 Jahre pro geleisteten Arbeitstag von 80 000 M., für Arbeiter von 18 bis 21 Jahren und Frauen pro geleisteten Arbeitstag von 60 000 M. gezahlt. Die genauen Zahlen werden am Sonntag an dieser Stelle veröffentlicht. J. A. Ulrich.

Wirtschaftsbeihilfe und Notzulage für Ruhegehaltsempfänger.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, weist der Minister des Innern in einer Verfügung darauf hin, daß die Sätze der Wirtschaftsbeihilfe (Besorgungszulage) und der Notzulage inzwischen erhöht worden sind:

1. mit Wirkung vom 1. März 1923 ab monatlich in den Orten der Ortsklasse A auf 32 000 M., B auf 30 000 M., C, D und E auf 29 000 M., die Rinderzulage auf 6 400 M.;
2. mit Wirkung vom 16. Juni d. J. ab einheitlich auf monatlich 80 000 M., die Rinderzulage auf 16 000 M.;
3. mit Wirkung vom 1. Juli ab einheitlich auf 144 000 M., die Rinderzulage auf 28 000 M. im Monat.

Die Ruhegehaltsempfänger, Wartegeldempfänger und versorgungsberechtigten Hinterbliebenen aus dem unmittelbaren Staats- und Volksschuldienst, die im besetzten Gebiet ihren Wohnsitz

haben, erhalten Hundertsätze von erhöhten Beträgen, die durch besondere Bestimmungen geregelt sind.

Anmerkung der Redaktion: Leider ist aus der Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes nicht ersichtlich, ob die ab 1. März und 16. Juni gültigen Zulagen jetzt erst angewendet wurden. Es scheint zwar, als sei dem so, doch wollen wir an ein derartiges Bureaufratzenstück nicht recht glauben.

Gemeindearbeiterlöhne vom 29. Juli bis 4. August.

Luf Grund der Ermittlungen der paritätischen Kommission im Reichsfinanzministerium gelten folgende Sätze:

Ungeleitete Arbeiter: 18 bis 21 Jahre 23 780 M., 21 bis 24 Jahre 26 850 M., 24 Jahre 27 970 M. Angelernte Arbeiter: 18 bis 21 Jahre 24 300 M., 21 bis 24 Jahre 27 450 M., 24 Jahre 28 600 M. Handwerker: 18 bis 21 Jahre 25 370 M., 21 bis 24 Jahre 28 660 M., 24 Jahre 29 850 M. Jugendlöhne: 14 Jahre 56 000 M., 15 Jahre 8390 M., 16 Jahre 12 580 M., 17 Jahre 16 780 M. Rindererwerbssfähige: 18 bis 21 Jahre 19 020 M., 21 bis 24 Jahre 21 480 M., 24 Jahre 22 370 M. Ungeleitete Arbeiterinnen: 18 bis 21 Jahre 16 650 M., 21 bis 24 Jahre 18 810 M., 24 Jahre 19 590 M. Reineinmachefrauen: 18 bis 21 Jahre 15 100 M., 21 bis 24 Jahre 17 050 M., 24 Jahre 17 760 M. Angelernte Frauen: 18 bis 21 Jahre 17 020 M., 21 bis 24 Jahre 19 220 M., 24 Jahre 20 020 M. Qualifizierte Arbeiterinnen: 18 bis 21 Jahre 17 760 M., 21 bis 24 Jahre 20 060 M., 24 Jahre 20 900 M. Jugendl.: 14 Jahre 3560 M., 15 Jahre 5330 M., 16 Jahre 7990 M., 17 Jahre 10 660 M. Rindererwerbssfähige: 18 bis 21 Jahre 12 090 M., 21 bis 24 Jahre 13 640 M., 24 Jahre 14 200 M.

Frauen- und Kinderbeihilfe je 2370 M. die Stunde. Es beträgt demnach der Stundenlohn des ungelerten verheirateten Arbeiters mit einem Kind 32 710 M., des angelernten Arbeiters 33 340 M., des Handwerkers 34 590 M. Für jedes weitere Kind erhöht sich der Stundenlohn um 2370 M.

Konflikt im Versicherungsgewerbe.

Nachdem durch die Haltung des Arbeitgeberverbandes deutscher Versicherungsunternehmen es unmöglich war, hinsichtlich der fälligen Zulageabgeltung zu einer Parteierklärung zu gelangen, hatte sich am 24. Juli der tarifliche Reichsschlittungsanspruch mit der Streitfrage zu beschäftigen. Dieser Reichsschlittungsanspruch sollte einen Spruch, nach welchem die Zulage für Juli 225 Proz. erhöht werden. Damit soll die gesamte Leistung für Juli abgegolten sein. Die Forderung des ZöB, auf Einführung einer Verbandsabgeltung hat der Schlittungsausschuss für den Monat Juli abgelehnt. Für August hat er jedoch entschieden, daß am 15. August eine Abschlagszahlung an die Angestellten geleistet werden soll in Höhe von 40 Proz. des Brutto-Zulagebetrages und eines Zuschlages, der die Abänderung der Leistung vom 1. bis 15. August einschließt berücksichtigt. Maßgebend für die Steigerung vom 1. bis 8. August ist die am 8. August vom Statistischen Reichsamte veröffentlichte Lebenshaltungsindezzahl, die bis zum 15. August zu erwartende Leistung zu ermitteln. Alle am Tarif beteiligten Angestelltenverbände haben diesen Schiedsspruch abgelehnt, der Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen hat ihn dagegen angenommen und noch am 26. Juli beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichklärung beantragt. Das Reichsarbeitsministerium hat die Parteien zur Aussprache über den Antrag des Arbeitgeberverbandes auf Verbindlichklärung vom 28. Juli eingeladen.

Reichstarifvertrag für das Graveur- und Ziselergewerbe.

Die Tariflöhne für Berlin betragen für die Lohnwoche, in die der 23. Juli fällt, laufend bis 28. Juli: im 1. Jahre nach der Lehre 18 900, bis zu 22 Jahren 21 300, über 22 bis 24 Jahre 22 600, über 24 Jahre 23 500 M.; Hilfsarbeiter über 18 bis 19 Jahre 18 200, 20 bis 21 Jahre 20 000, 22 bis 24 Jahre 21 500, 24 Jahre 22 500 Mark. In die für die Lohnwoche vom 23. Juli, die bis einschließend 28. Juli gilt, ist eine Leistungszulage bis 33 Proz. eingerechnet; sollte die Reichsindezziffer in dieser Woche eine höhere Steigerung ausweisen, sind die Tariflöhne vom 26. Juli um den fehlenden Differenzprozentsatz zu erhöhen. Weiter haben die Parteien vereinbart, daß veruchsweise für die Wochen vom 30. Juli bis 4. August und vom 6. bis 11. August die aus der vorhergehenden Lohnwoche endgültig sich ergebenden Löhne um den gleichen Prozentsatz erhöht werden, wie ihn die Steigerung der Reichsindezziffer für die in Frage kommende Woche ergibt.

In Anbetracht der ständigen Geldentwertung wird den Herren Arbeitgebern empfohlen, möglichst zu Anfang der Woche etwa zwei Fünftel des Lohnes zur Auszahlung zu bringen.

Die Löhne der Hilfsarbeiter unter 18 Jahren werden im gleichen Verhältnis erhöht. Geleitete Arbeiterinnen erhalten 70 Prozent, ungelerte 60 Prozent; der Löhne der Hilfsarbeiter der jeweiligen Jahresklassen. Bisherige Leistungs- und Besorgungszulagen werden darüber hinaus weiterbezahlt.

Sattler-, Tapezier- und Portefeuliersverband, Ortsverwaltung Berlin. Laut Generalversammlungsbefehl vom 19. Juli haben sich alle Kolleginnen und Kollegen an den zum Antifaschistentag am 29. Juli einberufenen öffentlichen Versammlungen gegen den Faschismus zu beteiligen.

Lohnvereinbarung im Feisergewerbe. Zwischen den Organisationen der selbständigen Feisere und der Gehilfenorganisation ist mit Wirkung vom 28. d. M. eine 90 prozentige Lohnerhöhung vereinbart worden. Tarife können unter Vorzeigung des Mitgliedsbuches im Verbandsbureau abgeholt werden. Telefonische Auskunft wird nicht erteilt.

Die Mindeststundenlöhne der Schäftemacher betragen für die Woche vom 23. bis 28. Juli für männliche Arbeiter 26 000 M., für weibliche Arbeiter 20 800 M., für qualifizierte Arbeiter bis 10 Proz. Zuschlag.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schill, Berlin; Wirtschaft: Viktor Sternmann, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner, Berlin; Freizeitsport: Dr. John Schützmann, Charlottenburg; Volkes und Soldaten: W. W. Mühsen, Berlin-Pankow; Angelegen: A. Gluck, Berlin. Verlag: Formärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Formärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Vertrieb: Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstraße 3, Eingang 1. Preis: 10 Pfennig.

Theater, Lichtspiele usw.

Staatstheater
Schauspielhaus
Sommerpielzeit.
8 Uhr.
Die Freier
Lustspiel mit Musik

Residenz-Th.
Tägl. 8 Uhr.
Die Entlassung

8 U.: **Trianon-Th.**
Totentanz
von Aug. Strindberg

Kleines Th.
Lady Windermeres Fächer

Volksbühne
Tägl. 7 1/2 Uhr.
Hofenraths Erben

Lessing-Th.
Sommerpielzeit.
Tägl. 7 1/2 Uhr.
Prinzessin Turanot

SOA
8 Uhr. Internat.
Variete
Sonnt. 3 1/2 u. halbt.
Preis d. voll. Prog.

Deutsches Th.
7 1/2 Uhr.
Schneider Wibel

Kammerspiele
7 1/2 Uhr.
Die Luxusfrau

Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr.
Die Frühlingstee

Theater L. d.
Königsplatz-Str.
8. Der wunderl. Ge-
schichten II. Teil
Kroisl. Eckfenster

Berliner Theater
7.30 U.: **Mädi**

WINTERTHEATER
Variete-Spielplan
Rauchen gestattet!

Deutsch Opernhaus
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Günstling der Zarin
Theater d. Westens
(Große Volksoper)
8 U. Dreimäderlhaus
Intimes Theater 8:
Diplomat im Dienst
D. blaue Pyjama etc
Metropol-Theater
8 U.: Die Schöne der
Frauen
Vorverk. ununterbr.
Henes Theat. a. Zoo
Täglich 8 Uhr:
Der Leibkutscher
d. Pridericus Rex
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr:
Vater u. Sohn
Schiller-Th. Charl.
8 U.: **Süße Susi**
Th. a. Holländertpl.
8 U.: **Nico Freund**
- der Lokal
- Wallner-Th. 8
Des Königs Nachbarin

UFA-PALAST & ZOO

Selt 5 Wochen
Der Griffith-Großfilm

ZWEI WAISEN
im Sturm der Zeit

Admirals-Variete
Berlins
3⁰⁰ bestes Programm

Central-Theater
Gastspiel des
Schauspieler-Th.
7 1/2 U.: Die Räuber
Gränach, George

Theater des Ostens
(Rosa-Theater)
7 1/2 U.: **Li oder Lu**

LUNAPARK
Ab 3 Uhr vorher Betrieb, Feuerwerk
Täglich Schillerschuhkonzert
Neu! Militär-Konzert
d. Musikkorps d. Kommand. Berlin
Leitung: Musikstr. Friedr. Ahlers

Rennen zu Karlshorst
Sonnabend, den 28. Juli.
nachm. 3 Uhr.

Urania
Der Harz

Th. a. Kottb. Tor
Elite-Säng
Tägl. 7 1/2 Uhr
Gastspiel
Zittauer
Sänger

Reichshallen-Th.
Th. 7 1/2, 8 Uhr, 8
In den Sälen
11 Uhr
Ab 12. U.
Tägl. 8
8 Uhr 7
ab 7 1/2

Quittungs-Marken
Mit 40 Jahren Sozialität
Conrad Müller,
Schkeuditz-Leipzig.

Erfolg
haben inserate im
Vorwärts
Metalbetten

Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv.
Karl-Joh. Irel, Eisenmühlstr. 10, Berlin.

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
unter Kollegen, der Schloffer

Paul Kinsing
am 21. Juli gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag,
den 30. Juli, nachmittags 6 Uhr, von
der Leichenhalle des Alten Alster-
riedhofes in der Alsterstraße aus
unter Kollegen, der Wohnungler

Alfred Gorzny
ist am 29. Juli gestorben.
Die Beerdigung findet am Montag,
den 30. Juli, nachm. 7 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des St. Nikolai-Kirchhofes
in der Bergstraße 11/12 aus (Kott-
buser Beteiligung) wird emortet.

Nachrufe.
Ferner ist unter Kollegen, der Arbeiter

Paul Heldt
am 15. Juli durch Krankheit gestorben,
und unter Kollegen, der Arbeiter

Ewald Ziegenhirt
ist am 21. Juli
Gere. ihrem Wabenen!
Die Ortsverwaltung.

Sonntägliche Wanderziele.

Königsmusterhausen - Erkner.

Wir fahren vom Bärthaler Bahnhof über die Stadtbahn (in Niederschönenweide umsteigen) mit den Vorortzügen nach Königsmusterhausen. In früherer Zeit hieß der Flecken Wendisch-Busterhausen zum Unterschied von dem nur wenige Kilometer westlich gelegenen Deutsch-Busterhausen. Die Herrschaft Busterhausen kam 1683 durch Kauf an Brandenburg; vordem gehörte sie den Schenken von Landsberg, nach denen das ganze Gebiet und besonders die Gegend um Teupitz das „Schenkenländchen“ genannt wurde. Königsmusterhausen liegt an der Rote, die etwas unterhalb des Ortes in die Dahme mündet. Am Nordufer des kanalisierten Flusses, auf der Stelle der alten Burg, erhebt sich das Jagdschloß, das jetzt teilweise von der Gemeinde zu Verwaltungszwecken benutzt wird, gänzlich von Efeu umrankt. Hier hielt der „Soldatenkönig“ seine „Tabakskollegien“ ab. Rößlich von Königsmusterhausen liegt die Funkengräflichkeit, deren Türme weithin sichtbar sind.

Vom Schloß wandern wir über die neue Rottebrücke zum Weg nach Neue Mühle. Westlich der Bahn erreichen wir bald den Tiergarten, einen aus prächtigen Eichen und Buchen bestehenden Wald. Ueber die „Spulbrücke“ kommen wir nach Neue Mühle, einem beliebten Ausflugsort der Wassersportler und Endpunkt der Dampfschifflinien von Berlin. Der Mühlenbetrieb ruht bereits seit einigen Jahrzehnten. Von der Schleuse wandern wir zunächst auf der Zernsdorfer Chaussee weiter. Bald geht der Weg links ab, über die Bahn nach Starke, und an der nächsten Gabelung rechts. Wir kommen in den Wald; beim Jagenstein A wenden wir uns rechts ab nach der Koblower Ziegelei, am Ufer des Zernsdorfer Bantensees gelegen. In nördlicher Richtung gehen wir zum Ufersee, einem schmalen Rinnensee, an dessen Nordende die kleine Siedlung Ufsee liegt. Von hier wandern wir nordöstlich weiter zum Gestellweg R, dem Koblower Gestell, der den Wald in nordost-südwestlicher Richtung durchschneidet. Das von meisenweilen Kiefernwäldern befallene Gelände ist ziemlich eben. Nur vereinzelte Bergkuppen ragen auf, die mit den Gofener Bergen und den Müggelbergen im Nordwesten als die Reste einer eiszeitlichen Endmoräne angesehen werden. Rechts vom Wege liegen die Sauerkohlsberge, die sich nur etwa 10 Meter über ihre Umgebung erheben. Wir kommen zur Chaussee und überschreiten auf ihr den Ober-Spreetanal. Jenseits der Brücke, am Ende der Chausseeabzweigung biegen wir rechts ab. Der Gestellweg bringt uns auf den 88 Meter hohen Stahlberg, der das Gelände um etwa 50 Meter überragt. Von hier oben haben wir einen prächtigen Ueberblick über das Waldgebiet bis Königsmusterhausen hin, dessen Telefonzentrale wir sehen. Die schnurgeraden Gestellwege sind häufig von Birken eingefasst, deren bellarunes Laub sich deutlich von dem dunklen Grün der Kiefern abhebt. Wir sind im Gebiet des Berliner Uferstroms. Der Endmoränenzug, zu dem auch der Stahlberg gehört, wurde von den Fluten des Uffstroms durchbrochen und teilweise fortgespült. Nur die einzelnen Kuppen blieben erhalten.

Vom Stahlberg steigen wir in nördlicher Richtung hinab. Der Weg führt weiter durch den Wald nach Burg, das unmittelbar an der Spree liegt. Wir wenden uns westlich nach Neu-Zittau, das ebenso wie Gofen und Friedrichshagen eine Kolonistenkolonie aus der Mitte des 18. Jahrhunderts ist. Wir gehen weiter nach Norden; die Chaussee führt über die Spree nach Schönhornstein und weiterhin durch die weite Wiesenniederung des Spreetals. Zur Linken sehen wir die Gofener Berge mit dem Dorf Gofen davor und im Hintergrund die Müggelberge aufragen. Auf der Chaussee kommen wir an Neu-Buchhorst vorüber nach Erkner, wo wir die Heimfahrt antreten. Weglänge etwa 25 Kilometer.

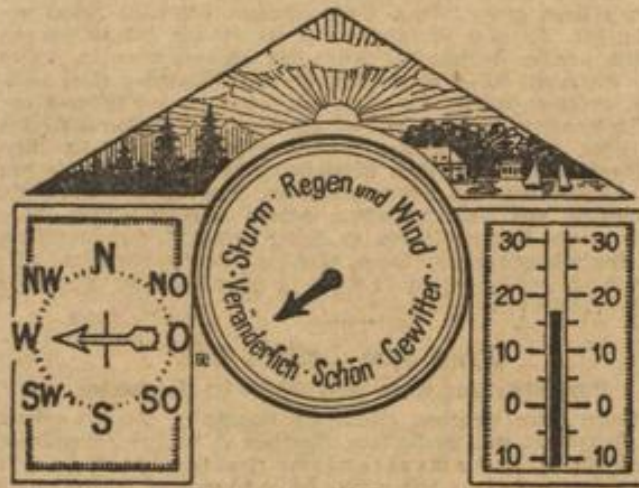
Am Werbellinsee.

Zum Werbellinsee oder kurz Werbellin, einem der schönsten Seen unserer Mark, führt uns die Wanderung. Vom Stettiner Fernbahnhof fahren wir über Eberswalde (umsteigen) bis Bahnhof Werbellinsee. Sonntagsfahrten, die zur Hinfahrt schon von Sonnabend mittags an berechtigen, werden ausgegeben. Die Gegend um den Werbellinsee ist ein nordbildliches Beispiel für eine Endmoränenlandschaft der Eiszeit. Am Nordende des Sees zieht die große südbaltische Endmoräne vorbei, der Bahnhof liegt unmittelbar an ihrem Ramm. Ihres Geschlechtsreichtums wegen wurde sie als Steinbruch ausgebeutet. Jetzt sind die Gruben in der Nähe des Bahnhofs jedoch aufgefüllt worden, da sie erschöpft sind. Die Endmoräne trennt das Hinterland des ehemals hier lagernden Inlandsees von dem Vorland. In jenem ist noch die lehmige Grund-

moränenbede vorhanden, die Weizenäcker und Buchenwälder trägt, während in diesem die nach Süden abfließenden Schmelzwasser des Inlandsees gewaltige Sandmassen, die Sander, ablagerten, auf denen die Schorfheide liegt, die vorwiegend aus Kiefern und Birken besteht.

Im Hinterland der Endmoräne liegen die Staubecken. Diese waren Sammelbecken der Schmelzwasser unter dem Eise. Als Reste der Staubecken sind heute noch vielfach große, runde, flache Seen, Staubeen, erhalten, die jedoch mitunter schon versandet sind und jetzt Moore bilden. Oft war das Wasser in den Seen so flach, daß es nach kurzer Zeit verschwinden war und jetzt nur noch ausgedehnte Sand- und Tonablagerungen ihre Stellen bezeichnen. Von der Bedeutung der Staubecken gibt der ausgedehnte Grimnigsee ein deutliches Bild. Er ist ein nahezu kreisrunder, flacher See, seine größte Tiefe beträgt nur 6 Meter. Im Vorland wuschen die Schmelzwasser an manchen Stellen tiefe Rinnen aus, die heute noch als See-

Wetteraussichten für Sonntag.



Im Anfang der Woche lag auf dem europäischen Nordmeer ein sehr umfangreiches Tiefdruckgebiet, unter dessen Einfluß in der nördlichen Hälfte Deutschlands meist bewölkter Himmel herrschte und ziemlich zahlreiche, obschon im allgemeinen geringe Regenfälle stattfanden. Bei frischen westlichen Winden nahm auch die Abkühlung daselbst noch etwas zu. In Süd- und Mitteldeutschland hingegen blieb das Wetter größtenteils trocken und überwiegend heiter. In den Mittagstunden wurden an den meisten Orten 25 Grad Celsius überschritten. Als jedoch im Laufe des Montags das Tief südostwärts nach Mittelkandinavien vordrang, traten an verschiedenen Stellen der deutschen Küste, gleichzeitig auch im Oberrheingebiete, stärkere Regengüsse ein, die sich in den folgenden Tagen öfter wiederholten und weiter nach Süden und Osten ausdehnten. Nachdem das Tief nach Finnland fortgezogen war, trat bereits am Mittwoch morgen bei Island ein neues, weit nach Süden ausgedehntes atlantisches Tiefdruckgebiet auf und drang rasch nach der Südwestküste Norwegens vor. Beim Vorübergang eines an seiner Südostseite entstandenen Teilliefs endete sich am Donnerstag vormittag über Berlin ein kurzes, schweres Gewitter mit starkem Regen und Hagel. Auch in den meisten anderen Gegenden Deutschlands gingen am Donnerstag und Freitag zahlreiche Regenschauer hernieder, die besonders im Nordwesten ergiebig waren. Dabei wuchsen die West- und Nordwestwinde sehr stark an und führten überall weitere Abkühlung herbei. Jetzt ist das Tiefdruckgebiet nach der nördlichen Ostsee gewandert, von wo es ziemlich langsam ostwärts fortzuziehen scheint, worauf ein auf dem Biskaischen Meer gelegenes Hoch gegen Mitteleuropa vorrücken dürfte. Wir haben daher zwar zeitweise heiteres, jedoch anfangs noch kühles, sehr windiges, nabeiständiges Wetter mit weiteren Regen-, vielleicht auch einzelnen Hagelschauern zu erwarten. Im Laufe des Sonntags wird aber der Wind voraussichtlich mehr und mehr nachlassen und die Temperatur etwas höher steigen, obgleich sich dazwischen der Himmel wohl öfter wieder bewölken und auch noch mehrmals leichter Regen fallen wird.

haben sind. Ein solcher Rinnensee ist der Werbellin. In nordost-südwestlicher Richtung erstreckt er sich fentrecht zum Endmoränenbogen. Er ist 11 Kilometer lang, durchschnittlich 1 Kilometer breit und bis zu 30 Meter tief. Ungefähr da, wo jetzt der Bahnhof Werbellinsee liegt, durchbrachen die Schmelzwasser den auslaufenden Endmoränenwall, stürzten als Wasserfall in das Vorland und wuschen so die Rinne des Werbellinsees aus, der deshalb an diesem Ende keine größte Tiefe hat. Nach neueren Forschungen sind derartige Rinnenseen jedoch subglazialen Ursprungs. Sie sind durch die unter dem Eise strömenden Schmelzwasser gebildet worden, als das Eis noch das Gelände bedeckte, in dem sie liegen. Nach dem weiteren Zurückweichen des Eises wurden die Rinnen natürlich von den dem Eisrande entstehenden Schmelzwässern zum Abfluß mitbenutzt. Auch heute noch besteht eine Verbindung zwischen dem Grimnigsee im Hinterlande und dem Werbellinsee. Beide Seen, in der Luftlinie nur 1 Kilometer entfernt, besitzen einen Höhenunterschied ihres Wasserspiegels von 21,9 Meter.

Vom Bahnhof Werbellinsee wandern wir auf dem Ostufer des Sees, unmittelbar neben dem Wasser, nach Uffendorf. Das Ufer fällt stellenweise 10 bis 15 Meter steil ab, deshalb ist hier die Vorlandzone sehr schmal. In manchen Stellen unterspült das Wasser sogar das Ufer, so daß die Bäume in den See abflügen. Der Wald auf diesem Ufer besteht vorwiegend aus Buchen, die sich mitunter zu stattlichen Exemplaren entwickelt haben. Im Jagen 171 stehen hart am See mehrere von ihnen; die hervorragendste ist 30 Meter hoch und hat einen Stammumfang von nahezu 4 Metern in 1 Meter Höhe über dem Boden.

Von Uffendorf lassen wir uns zum Westufer übersehen. In der Nähe liegt das Jagdschloß Huberwäldchen. Auf dem Westufer des Werbellinsee wandern wir nach Norden. Prächtige Ausblicke über den See und seine schönen bewaldeten Ufer, über träumerisch in stiller Einsamkeit liegende Buchten genießen wir von vielen Punkten der Wanderung. Die klaren Fluten laden uns ein zu einem erquickenden Bad. Wir kommen an Holzablagen und an der Siedlung Uffendorf vorüber zum Nordende des Sees zurück. Noch einmal schauen wir über den langgestreckten Werbellin, von dem der Joachimstaler Dichter F. Brunold singt:

Wie ein Gottesauge glänzt,
Drüber dunkle Brauen glüh'n
Liegt, von Berg und Wald bekränzt,
Räthenhaft der Werbellin.

Dann steigen wir hinauf zum Bahnhof Werbellinsee. Von hier wandern wir gen Norden, auf dem Endmoränenwall, nach Grimnig und Joachimsthal. Der Weg gewährt uns schöne Ausblicke über den Grimnigsee und weit in die Uckermark hinein. Joachimsthal wurde 1604 vom Kurfürsten Joachim Friedrich gegründet. Von 1607 bis 1650 war hier das Joachimsthalsche Gymnasium, das dann nach Berlin und Wilmersdorf verlegt wurde und sich seit 1912 in Templin befindet. Vom Bahnhof Joachimsthal fahren wir nach Berlin zurück. Für die Strecke Joachimsthal-Werbellinsee müssen wir eine besondere Fahrkarte lösen. Weglänge etwa 33 Kilometer.

Vom Reisetagebuch.

Nicht jeder, der den Wanderstab in die Hand nimmt, ist ein Geine oder gar Goethe, aber wohl ist jeder imstande, sich Notizen unterwegs zu machen, die den Reisetag und besondere Erlebnisse und Beobachtungen festhalten. Sie können literarisch schmucklos sein, wenn sie nur das Tatsächliche klar erkennen lassen. Nichts Interessanteres, als später in diesen Tagebüchern zu blättern, sich in die Zeiten zurück zu versetzen, in denen man als rüstiger Fußgänger Wald und Feld durcheinanderte, und vielleicht auch Vergangene und Gegenwart zu vergleichen. Man gehe nicht auf sein „fabelhaftes“ Gedächtnis — gerade wer viel wandert, wird später nicht alle Einzelheiten aneinander halten. Unnötig zu sagen, daß die Aufzeichnungen keine Gelehrsamkeit enthalten sollen — was in den Reisetagebüchern steht, braucht nicht abgeschrieben zu werden, sondern man soll das festhalten, was die eigenen Augen gesehen und die eigenen Ohren gehört haben. Sind die Wanderungen ausgedehnter Art, so empfiehlt es sich, auch eine einfache Routenkarte einzuzichnen. Nicht immer hat man beim späteren Durcbleien einen Atlas zur Hand, und die Lage der Orte zu einander hat man auch nicht mehr so genau im Kopfe. Man lasse sich also die kleine Karte nicht verdrücken, am Abend einige Aufzeichnungen zu machen — sich selbst und seinen Angehörigen zur späteren Freude.

Der Preis für Markenbrot beträgt, wie das Ernährungsamt mittelt, vom Montag, den 30. Juli, ab 12.000 M., der Preis für die Markenschruppe 425 M.

Als die Wasser fielen.

Von Otto Rung.

Der Wasserhändler stand mit gespreizten Beinen über dem Gummischlauch mit einer Miene wie ein ungezogener Junge und ließ Trinkwasser in den Tank der Bark Beh Ruthby laufen. Seine schmalen Augen bekamen einen geheimnisvollen Schimmer.

„Es gibt vieles in einem Schiff, was kein Mensch versteht. Ein Schiff hat sein Leben, und Schicksal und Geschäfte eines Segelschiffes wie Beh Ruthbys sind bunter als die eines Mädchens, das nach langen Irrfahrten hier in Nybaon gelandet ist. Während des Krieges fuhr sie mit Konterbande, später hat sie Spiritus geschmuggelt. Zwei lächtige Kerle, die Dragörjungen genannt, haben sie damals geführt. Sie sitzen beide noch im Zuchthaus!“

Gude hörte verschreckt, in seinen Korbhiesel zurückgelehnt, zu. In seiner Arbeit war jetzt eine Pause eingetreten. Die große entleerende Sitzung mit Aufsichtsrat und Sachverständigen auf der Dänischen Werft war wegen einer Extrankung Andreas Paulis verschoben worden — es war allerdings die Frage, ob er wirklich krank war oder nur an schlechtem Gewissen und chronischer Furcht litt und vielleicht nur Zeit suchte, um Rat zu finden.

Der Wasserhändler nahm den Schlauch aus dem Spundloch des Tanks. „All right, Sir! Und nun das Fallreep für Boddig.“ Er sprang in sein Blechboot und hustete sich schnell mit vielen Rauchringen durch den Hafen.

Gude blieb in seinem Korbhiesel sitzen. Er versuchte zu lesen, doch seine Gedanken fanden keine Ruhe. Die Sommersonne brannte auf Deck, der Geruch von Harz, Blei und Farbe lagte sich ihm auf die Brust. Es war, als lebten diese alten Planken an seinen Soblen, als bing das Schiff wie ein Gewicht an ihm. Die aufrechten Masten hatten einmal erbebend auf sein Gemüt gewirkt, jetzt waren sie wie lastet freisende Radein, die Ringe in die weiße Luft zeichneten.

Vom Achterschiff kam ein Brodem von Blumen und Erde, Düfte von dem schwimmenden Garten. Mißmutig beugte er sich ganz vorn am Steven über die Reling und starrte in das träge plätschernde Wasser. Das Fahrzeug schaukelte leise, über der Wasserlinie bekam er hin und wieder einen Streifen der der alten Muscheln zu sehen, die den Boden des Schiffes überdeckten, eine schwarze Lage von Schattieren der Tro-

pischen Meere. Der Duft von Teer und Salz mischte sich mit dem Duft von Rosen. Hier und da ertönte Verdas Stimme, fern, aber wie durch die Membrane des Wassers herbeigeführt, als spräche sie drunten in der Tiefe. Ihr Lachen klang ihm übermütig und ausgelassen, eine andere Stimme mischte sich dunkler und tiefer mit der ihren: offenbar war kein Schwager bei ihr an Bord.

Und Gude dachte verwundert, wie seltsam der Weg des Kameraden mit seinem eigenen verschörkelten Pfade verschlungen war — erst durch die Heirat, und nun später durch seine Befuche hier an Bord — als suchte er Erlösung von der Bürde, die ihn in den Staub drückte, als strebte er nach einem Luge der Benutzung durch eine, die dem von seiner Hand getroffenen Manne nahestand. War in der Tiefe seiner Seele ein Trieb, bald zu sühen, bald zu rächen — trakt der stolzen militärischen Idee: Nichts in der Welt der Gnade eines andern Mannes verdanken zu wollen!

Gerda hatte Kapitän Stark als Modell in einem niedrigen Sessel mit einem Hintergrund von blühenden Pelargonien angebracht. Er sah in weißer Marineuniform, von allen Farben ihres Gartens umgeben, da. Zu seinen Füßen lag ein Gürtel von Brunnenkresse. Der Lutzenrahmen und der Mast waren von japanischen Rosen umrankt. Sie sah ihn wie in einem tropischen Garten: schweigend, mit seinem traurigen Lächeln und den visionären Augen sah er da, wie ein Pierre Voti in einem Serail.

Diesen wie den Morgen zuvor war sie vor Tagesgrauen erwacht und hatte den ersten Sonnenfleck feuerrot durch das Rubauge auf dem Rande der Kojee spielen sehen. Sie fühlte eine unerklärliche Angst und wachte, daß sie durch einen Laut, einen Lärm draußen geweckt war, der deutlich durch die Bretterwand, die ihre Kajüte vom Mittelraum des Schiffes trennte, ertönt war.

Sie sprang auf, hüllte sich in ihren Kimono und ging an Deck. Hier war alles ruhig. Der Hafen lag still in dem schmelzenden Morgenlicht, die Sonne löste sich gerade vom Horizont. Es war erst halb fünf Uhr. Frierend ging sie wieder unter Deck und verlor sich zur Ruhe zu lesen. Doch sie wurde von fieberheißen Träumen gelagt. Sie hatte ein Gefühl, als wäre sie allein hier auf einem Schiffe, das über den öden Ozean trieb.

Erst spät kam sie wieder herauf. Sie bemerkte den Matrosen Matti, der sich mit einer Gruppe von Seesleuten vor

einer Kneipe herumtrieb. Gude war wohl längst an Land gegangen. Sie sah ihn jetzt nur selten. Ohne Freude dachte sie daran, daß Kapitän Stark heute an Bord kommen wollte, um ihr zu einem Bilde zu sitzen.

Sie ging an den niedrigen Kästen an der Reling vorbei, in denen ihre Blumen wuchsen. Neulich waren ihr zwei ganze Bündchen von lila Hortensien gebracht worden. Möglicherweise waren sie von Rustad geschickt, eher aber von Andreas Pauli. Sie kamen ohne Bezeichnung des Abenders, und der alte Gärtner, der sich täglich an Bord zeigte und die Schlingrosen, die Perlböhen und Winden an den Seiten der Hütte hochband, wollte nicht mit der Sprache heraus. Sie fragte auch nicht allzu eifrig.

Wahrscheinlich waren die Blumen doch von Andreas Pauli. Bei ihrem letzten Besuch auf seinem Landhög hatte sie die reiche Flora seines Gartenhauses gesehen. Soeben hatte sie die vier Schecks eingelöst, die er unaufgefordert als Versicherung auf neue Bilder geschickt hatte. Sie war jetzt reichlich mit Geld versehen. Aber er zeigte sich nicht selbst an Bord, schickte auch keinen Brief. Das machte sie unruhig und verstimmt. Und die beiden Bilde, die er bei seinem ersten Besuch gewählt hatte, standen noch in ihrer Kajüte. Daß Andreas Pauli sie nicht holen ließ, wunderte sie etwas, trankte sie auch ein wenig.

Aber dennoch war es nur gut, daß er sich nicht gerade jetzt an Bord zeigte. Ihre Arbeit ging ihr nur langsam von der Hand. Die Studie vom Hafen war wochenlang nicht einen Pinselstrich weitergekommen. Wenn sie sie auf die Staffelei stellte, erlidiert sie ihr blaß, tot, wie ein Stück gefaltete Wand. Rings herum leuchteten alle Farben, und es war ihr, als hinderten gerade diese lebenden Blumen ihre Hand am Schaffen. Da standen sie in ihren lodernnden oder blutenden Farben, in ihren grünen und weißen Hüllen, duftend und atmend!

Ihre Weinwand ward nur ein Herbarium getrockneter Kräuter, sie konnte diesem Flor, der wie ein Dornröschengarten, um Mast und Rundhölzer gerankt, rings um sie wuchs, sich um die Seiten des Schiffes schlang, sich mit seiner Hülle von Blättern über Stag und Bardunen zu einer blüten-schweren, geflochtenen Laube wölkte, konnte sie keinen Ausdruck verleihen. Sie wurde von dem Duft betäubt, von dieser liepfigkeit beschwert, fühlte sich wie eine Gefangene hinter dieser Hecke, die wie in tiefem Schlummer der Dinge wartete, die da kommen mußten.

(Fortsetzung folgt.)

Und das soll Brot sein?

Man mutet der Berliner Bevölkerung seit Wochen zu, auf Kartendeckung Tag für Tag etwas zu vergehren, was wie Brot aussieht, als Brot verkauft wird und im Grunde doch zu nichts anderem nütze ist als zum Fensterhütten. Man weiß bald nicht mehr, worüber man sich mehr wundern soll: daß Mund, Junge und Zähne diesen scheußlichen sauren grau-braun-schwarz-grünlichen Pampf herunterbekommen oder daß der Magen die Kraft hat, ihn wieder hinauszuheben. Wir hatten im Frieden und im Krieg und haben heute noch berühmte Kapazitäten der Ernährungsökonomie, Professoren und Geheimräte, die in allen möglichen wissenschaftlichen Deputationen und Kommissionen, Akademien und Hochschulen, Reichsämtern und Ernährungsämtern, Nahrungsmittelprüfstellen und amtlichen Stellen zur Bekämpfung der Nahrungsmittelverfälschung als Amtspersonen mit beträchtlichen Gehältern und Pensionberechtigung sitzen. Aber das Volk muß zu der Ueberzeugung gelangen, daß das alles Ueberorganisation und Leerlauf ist, nutz- und zwecklos. Denn die Bevölkerung muß sich heute ein Brot gefallen lassen, das diesen Ehrennamen nicht mehr verdient, das nach fünf Friedensjahren im Zeichen der freien Wirtschaft eine Schande für Deutschland ist. Ein Brot, das durch seine Unverdaulichkeit und Unbeförmlichkeit dafür sorgt, daß die Kinder im Mutterleibe bereits zu unheilbarer Degeneration verdammt werden.

Heute ging ich zu meinem Väter, einem Mann von unbegreiflicher Selbstbesitz und Bestier von zwei prächtig gedeihenden Schweinen (ich habe leider weder das eine noch das andere), um mich einmal in aller Ruhe über diesen unerträglichen Zustand zu unterhalten. Die Unterredung hatte einen merkwürdigen Verlauf! „Woher das Brot so schlecht ist? Das kommt vom Margarine ist schlecht.“ — „Was heißt das, das Brot ist schlecht?“ — „Das kommt daher, weil es zu 80 Proz. ausgemahlen ist.“ — „Sie müssen doch als Fachmann wissen, daß schon im Frieden mit zu 80 Proz. und höher ausgemahlenes Mehl ganz ausgezeichnetes Brot gebaden werden konnte. Die Vorkorn-, Simons-, Graham- und ähnlichen Brote und auch die Kommißbrote waren doch nichts anderes als Brote aus hoch ausgemahlenem Mehl. Jetzt hatte ich verpielt. Der Meister mochte ein paar Augen wie ein wütender Kater! „Was Sie nicht alles wissen! Ja sag et Ihnen nochmal, das Mehl ist schlecht, weil et Magistramehl is. Der Mehl is feucht, da läßt sich kein andres Brot draus baden. Und solange es Markenbrot gibt, gib's auch kein andres Brot. Verstanden!“ Also sprach der wohlgenährte Meister einer wohlhabenden Bäckerlei und zweier wohlgenährter Schweine. Er kam um den Ladentisch herum auf mich zu und sah mich von unten bis oben und retour an, und das so drei, viermal: „Mehr habe ich mir mit Ihnen nicht zu erzähl'n. Zehn Se doch zu Ihren Magistramehl und beschwer'n sich.“

Nun versetzte ich auch, warum alle Frauen darüber schimpfen, daß der Meister ein so schlechtes Brot bäckt und trotzdem zwei so schöne Schweine hat. Aber sie sagen es nicht laut. Es gibt Leute, die sich über unsere heutigen Zustände erheben den Kopf zerbrechen und meinen: Deutschland müsse an seiner Bureaucratie zugrunde gehen. Die andern, die behaupten, es müsse an seinem schlechten Brot zugrunde gehen, haben offenbar nicht minder recht. Des Rätsels Lösung aber scheint das zu sein: Am 18. September fällt die Brotkarte. Dieser Umstand macht gewissen Kreisen mehr Sorge als sie öffentlich zugeben. Wenn also, so kalkulieren sie, das Markenbrot täglich schlechter wird, wird das Volk eine solche Wut darauf bekommen, daß es schließlich sagen wird: Gott sei Dank, daß das Markenbrot ein Ende hat! Wir wollen lieber mehr zahlen und ein genießbares Brot haben, als noch länger das Markenbrot.“ Und damit hätten die Herrschaften, die den Abbau des Markenbrotens verschuldet haben, den so notwendigen Uebergang zum freien Brot gefunden.

Zur Ehre des Väterstandes aber sei gesagt, daß es noch überall Meister gibt, die keine Schweine haben und mit dem „schlechtesten Magistramehl“ ein sehr gutes Brot zustande bringen. Liegt das nun an den Meistern oder an dem Mehl. Oder liegt es etwa an den Schweinen?

Privatdrucke.

Ein Postdirektor als Opfer des „Briefmarkensiebers“.

Vor der 3. Ferienstrafkammer des Landgerichts I spielte sich gestern eine aufsehenerregende Verhandlung ab, die sich gegen den Postdirektor St. wegen fortgesetzter Unterschlagung richtete. Der Mann muß als ein psychologisch höchst rätselhaft angesehen werden, denn er hat seine Ehre und seine Stellung um 4000 M. aufs Spiel gesetzt und ist offenbar ein Opfer des heute vielfach grassierenden „Briefmarkensiebers“ geworden. Gleichzeitig eröffnete die Verhandlung einige interessante Einblicke in den Briefmarkenhandel und seine Zwischenverhältnisse.

St. war Direktor eines der größten Postämter Berlins und wurde 1919 als Hilfsarbeiter ins Reichspostministerium berufen, um die Herstellung der neuen Reichspostmarken zu leiten. Hierbei hat er sich, wie sein Vorgesetzter Ministerialrat Berge vom Reichspostministerium als Sachverständiger betonte, große Verdienste um die künstlerische Gestaltung der Postwertzeichen erworben. Neben den von der Reichsdruckerei hergestellten, auf festem Tafeln aufgezogenen Probedrucke, die später dem Reichspostmuseum überwiesen werden, hatte St. von dem Entwurf in der Reichsdruckerei sich lose Nachdrucke herstellen lassen. Seitens des Ministeriums hatte man St. schon bedeutet, daß die Anfertigung dieser Privatdrucke nicht statthaft sei. Bald darauf wurde auch festgestellt, daß auf unerklärliche Weise Probedrucke der neuen Marken im privaten Handel erschienen seien. Als St. im Mai 1922 aus dem Postministerium ausschied, um wieder die Leitung seines Postamtes zu übernehmen, hat er die in seinem amtlichen Gewahrsam befindlichen losen Probedrucke, etwa 300 Stück, nicht abgeliefert. Eines Tages teilte nun ein Sammler dem Reichspostministerium mit, daß die Briefmarkenhandlung Kosack Probedrucke von Marken zum Kauf anbiete. Die von dem Postdirektor Dr. Wagner angestellten Ermittlungen ergaben, daß Kosack im Besitz ganzem Serien von Probedrucke, u. a. Geigerischen Ziffernmarken, Flugpostmarken und Münchener Gewerbeausstellungen und den Probedrucke anderer Entwürfe war. Kosack hatte die Sammlung für etwa eine Viertelmillion von einem anderen Briefmarkenhändler, dieser sie ebenfalls aus zweiter Hand erworben. So war die Sammlung durch mehrere Hände gegangen und schließlich stieß man auf die Briefmarkenhändler Rueschig u. Sohn in der Wauerstraße, die die Sammlung für 4000 M. von einem fremden Mann erworben und gleich für 180 000 M. weiter verkauft hatten. Der Postdirektor wurde den letztgenannten Händlern gegenübergestellt und als der Verkäufer erkannt, der drei- bis viermal Serien verkauft hatte. Vor Gericht bestritt St. energisch, die Drucke verkauft zu haben und behauptete, die Serien seien ihm offenbar aus seinem Amtsbesitz entwendet worden. Am Schluß der Beweisaufnahme kam es noch zu einem merkwürdigen Zwischenfall. Als letzte Zeugin wurde eine Frau Walter, die mit dem Angeklagten befreundet ist, vernommen. Sie ist zusammen mit dem Angeklagten Mitglied einer anthroposophischen Gesellschaft. Die Zeugin hat sich mit der Angabe gemeldet, daß sie selbst die Diebin sei und die Marken im Amtszimmer bei einem Besuch entwendet habe, um einem Vereinsfreunde, den sie nicht nennen wolle, aus der Not zu helfen. Auf die Frage von Landgerichtsdirektor Marschner: haben Sie die Probedrucke gestohlen?, erwidert die Zeugin zunächst:

mit ja. Unter dem Druck der ersten Vorhaltungen des Vorsitzenden zog die Zeugin jedoch ihre Angabe zurück. Das Gericht war von der Schuld des Angeklagten voll überzeugt. Der Angeklagte habe sich in schwerer Weise gegen seine Stellung vergangen und das Gericht hielt daher eine Strafe von acht Monaten Gefängnis für angebracht. (Der Name des Angeklagten ist in dem Bericht, den wir einer Berliner Korrespondenz entnehmen, nicht genannt worden. D. Red.)

Wo bleiben die Lebensmittel?

Die Schwierigkeiten auf dem Lebensmittelmarkt wachsen fortgesetzt. Seitens der verängstigten Hausfrauen hat ein Run auf alles was Fett heißt eingelegt. Margarine konnte am Freitag bei den Kleinhändlern und auch bei der Konsumgenossenschaft und bei dem Beamtenwirtschaftsverein als zum größten Teil ausverkauft gelten, womit nicht gelagt sein soll, daß nicht noch beim Großhandel und in den Kühlhäusern bedeutende Mengen lagern. Naturbutter taucht nur hier und da vereinzelt auf und ist natürlich im Umfange fort. Infolgedessen wirt man sich auf andere Fette, Speck, Talg und Schmalz. Kluge Leute decken sich mit Ölen ein, obgleich diese Art Fett in Norddeutschland ziemlich unbeliebt ist, miwiewohl ein naturreines Öl, das natürlich nicht mit trügerischen Fälschungen durchsetzt sein darf, der Margarine entschieden vorzuziehen ist. Stellen wirtschaftet bekanntlich nur mit Öl. Eine besonders starke Nachfrage herrscht auch nach Wurstarzen. Viele Schlächter haben vollkommen ausverkauft. Eine nicht minder starke Nachfrage herrscht nach allen Dauernahrungsmitteln wie Gries, Reis, Erbsen, Bohnen, Linsen. Die Stimmung: Kaufen um jeden Preis! Ist ähnlich der in den Augusttagen 1914, nach denen allerdings die Zwangswirtschaft kam, während wir heute die freie Wirtschaft haben, die uns in der Tat mit ihren großmäuligen Versprechungen herrlichen Zeiten zugeführt hat. In aller Morgenröthe stellen sich die Frauen auf den Märkten, vor den Kaufmanns-, Milch- und Schlächterläden an, müssen lange Schlangen bilden unter peinlicher Beaufsichtigung eines reichlichen, oft überreichlichen Aufgebots von Schupo — wo kommen nur plötzlich die vielen Beamten her? —, um womöglich mit leeren Körben abzugehen, weil keine Waren vorhanden sind. Berlin, die Vier-Millionenstadt, also mit einer Einwohnerzahl so groß wie die von ganz Württemberg und Baden zusammen, kann als von Kartoffeln vollkommen, von Nahrungsmitteln nahezu entblößt gelten. Man scheint in der Reichsregierung, gelochweige denn draußen im Reich, keine Vorstellung davon zu haben, was das bedeutet, sonst würde man doch wohl schon längst zu wirksamer Abhilfe geschritten sein.

Wenn man Dollars hat.

Ausplünderung eines Ausländers im Tiergarten.

Einen bösen Empfang erlebte ein Ausländer, der erst gestern nach Deutschland und Berlin kam. Nachdem er im Hotel abgestiegen war, steckte er 700 amerikanische Dollarnoten in die linke Hosentasche und machte sich auf den Weg, um bei einem Kunden eine größere Rechnung zu begleichen. Beim Absteigen vom Straßenbahnwagen an der Ecke der Leipziger und Charlottenstraße stieß er auf zwei Männer, die sich in einer fremden Sprache, anscheinend Russisch, in einem Handelsgeschäft unterhielten. Diese, von denen der eine auch gebrochen Deutsch sprach, wandten sich auch an ihn, und nun ergab sich, daß der eine ein „goldenes Zehn-Rubel-Stück“ verkaufen wollte. Der zweite Ausländer bot immer höher und erwarb das Stück endlich für 100 000 M. Der Zugereiste ahnte nicht, daß er es mit Keppern zu tun hatte, die ihn das „Goldstück“ anzubringen versucht hatten. Der Verkäufer zog nun auch noch eine Blechschachtel aus der Tasche, die vier Steine enthielt. Es sollten große Brillanten sein. Auch diese wollte er verkaufen. So kam man zu Dreien in der Friedrichstraße an ein Haus, in dem sich ein großer Juwelenladen befindet. Hier stand ein Mann vor der Tür, als wenn er der Geschäftsinhaber gewesen wäre. Die Beiden zogen nun auch diesen in den Handel hinein, aber nicht etwa im Laden, sondern im Hauseingang. Der „Juwelier“ bot nach längerem Feilschen endlich für einen Stein, nachdem er ihn genau besichtigt hatte, 180 Millionen. Wieder sollte, ohne daß er etwas Böses ahnte, der Zugereiste angezogen werden. Der ober verzögerte auch jetzt wieder auf den Ankauf, und so kam kein Geschäft zustande. Jetzt wanderten die Beiden mit ihm, der auch Deutsch spricht, die Friedrichstraße und die Linden entlang, nach dem Brandenburger Tor und dem Tiergarten. Hier setzten sich die Drei auf eine Bank und plauderten über dieses und jenes. Plötzlich verlor der Zugereiste das Bewußtsein. Als er nach einer Viertelvielleicht auch halben Stunde wieder zu sich kam, waren die beiden anderen verschwunden und mit ihnen seine 700 Dollarnoten. Die Kepper hatten ihn irgendwie betäubt und ausgeplündert. Auf die Wiederherbeileistung des Geldes steht er eine Belohnung von 10 Proz. aus. Mitteilungen an Kriminalkommissar Dr. Niemann im Zimmer 83a des Polizeipräsidiums.

Anzucht und Krankenkassen.

Schiedspruch für die zweite Julihälfte.

Das Reichsarbeitsministerium gibt folgendes bekannt: Nach dem im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedspruch vom 27. Juli 1923 wird der Vergütung der Kassenzurück für die zweite Julihälfte die Beratungsgebühr von 22 000 M. zugrunde gelegt. Für die erste Julihälfte waren 6500 M. zuerkannt. Das 3/4fache geht über die sonst angewendete Rezziffer hinaus: Der Wertebund Groß-Berlin verbreitet durch die Berliner BS-Korrespondenz folgende Mitteilung:

Im Reichsarbeitsministerium trat gestern vormittag unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Dr. Grieser das zuständige Schiedsgericht zusammen, um in dem Honorarstreit zwischen den Krankenkassenverbänden und den Ärzten das Honorar für die zweite Julihälfte festzusetzen. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ging dahin, daß für die zweite Julihälfte ein Honorar von 8250 M. zu zahlen sei, so daß das Pauschalhonorar für den ganzen Juli 10 687,50 M. beträgt. Ueber die für die Monate August und September zu zahlenden Honorare werden heute Verhandlungen im preuchischen Wohlfahrtsministerium stattfinden, von deren Ergebnis es abhängen wird, ob nach dem 1. August die kassenärztliche Tätigkeit unter den vertraglichen Bestimmungen weiter fortgesetzt wird oder ob in diesen Tagen die vertraglichen Beziehungen zwischen den Parteien aufhören.

Ein großer Devisenprozeß.

Der wegen unerlaubter Devisengeschäfte verhaftete Generaldirektor Litwin von der Cooperator-A.G. ist gestern gegen eine Kaution von 12 Milliarden Mark aus der Haft entlassen worden. In dem Verfahren gegen den Direktor Litwin wird eine Reihe weiterer Persönlichkeiten hineingezogen werden, so die Leiter des Bankgeschäftes, das die Devisenkaufe für die Cooperator-A.G. tätigte. Die Anklage wirft Generaldirektor Litwin vor, daß er unter dem Vorwand, für den ihm nachstehenden Konzern und die Cooperator-A.G., eines der größten Werke ihrer Art auf dem Kontinent, Devisen zu beschaffen, sich selbst bereichert habe. Im Laufe der bisherigen Untersuchung ist festgestellt worden, daß der Generaldirektor über sein Privatkonto sehr erhebliche Devisenkaufe abgeschlossen hat, die dem auch in den Büchern der Cooperator-A.G. erscheinen. Zu seiner Verteidigung gibt er an, daß die Devisen reiflos für das Wert bestimmt gewesen seien. Er habe diese Transaktion mit Kenntnis des Aufsichtsrates, in dem u. a. auch Reichstagsabgeordneter Sireseman und der Direktor der Rationalbank Dr. Schacht sitzen, vorgenommen habe. Die durch sein Konto gegangenen Devisen seien für Volontärsverbindlichkeiten der Cooperator-A.G. bestimmt gewesen, für die er zum Teil persönlich mitverantwortlich ist. Direktor Litwin hat dem Untersuchungsrichter erklärt,

daß seiner Ansicht nach die Anzeige auf Veranlassung eines Direktors der Cooperator-A.G. erfolgt sei, der ihm persönlich nicht wohl wolle und daß die ganze Angelegenheit nicht anderes als ein Racheakt sei. Inzwischen sind vom Untersuchungsrichter Mitglieder des Aufsichtsrates vernommen worden, die die von Litwin gemachten Aussagen vollinhaltlich bestätigten, so daß nach dieser Richtung hin seine Angaben auf Wahrheit zu beruhen scheinen. Der Aufsichtsrat hat dem Angeklagten jetzt ein Vertrauensvotum ausgestellt und erklärt, daß er einer strafbaren Handlung keineswegs fähig sei.

Die Friedensdemonstrationen am Sonntag.

Die Liste der Redner.

In den am Sonntag vormittag 10 Uhr in großen Sälen Berlins stattfindenden Erinnerungskundgebungen „Nie wieder Krieg“ werden unter anderen das Wort ergreifen: Altmaier, Biging, Dr. Bloch, H. v. Gerlach, Köppl, Dr. Kamenow, Prof. Langenwin-Paris, Alfred Müller-Jopp, Emil Rabold, Rudolf Roder, C. v. Diefel, Mih Scheepshants-London, Rennie Smith-London, A. Souday, Dr. Helene Stöcker und Karl Vetter.

Als künstlerische Kräfte wirken mit die folgenden Mitglieder des Berliner Schauspielertheaters: Leo Neuf, H. H. v. Twardowski, Peter Ihle, Ernst Reichle, Jochem Poelzig, Heinz W. Bogt und Leo Meuter.

Kostenfreie Eintrittskarten sind heute, Sonnabend, in der Zeit von 5 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends erhältlich: „Alhambra“, Moritzplatz, Bölow-Bräuerei, Kleins, Hofenheide und im Gewerkschaftshaus.

Vor der Markgrafendiele.

Ein bedenklicher Fall von Beamtenbestechlichkeit.

Die Schutzpolizei geht neuerdings mit besonderer Schärfe gegen die Bestechung ihrer Beamten durch die Inhaber von Nachtbetrieben vor und es ist den Beamten durch besondere Verfügungen eingeschärft, auf ihre Kameraden Obacht zu geben und alle Fälle der Bestechung sofort zur Anzeige zu bringen. Ein derartiger Fall kam gestern vor der 1. Ferienstrafkammer des Landgerichts I zur Aburteilung in einer Bestechungsanfrage gegen den Polizeiwachmeister Otto Herrmann, den Polizeiuwachtmeister Richard Huntus, den Kellner Otto Bundesmann und die Schankwirtin Ella Rief.

Zu ihrem Streifgang bemerkten die Polizeiwachmeister Fertig und Ruch im Juni v. J. nachts gegen 1 1/2 Uhr vor der Markgrafendiele einen regen Autoverkehr. Als sie sich die Sache näher ansehen wollten, kam ihnen der ihnen schon als Spanner bekannte Bundesmann entgegen und sagte: „Es ist ja schon einer von Euch drin. Ihr habt ja ganz raffinierte Beamte unter Euch. Die können ja nicht genug bekommen.“ Durch Ausrufen erfuhren die Beamten dann, daß ein „Grüner“ vom Wirt Geld verlangt habe und in das Lokal hineingelassen worden sei. Bald darauf kam auch ein Beamter heraus und die anderen Beamten stellten fest, daß es der derselben Hundertschaft angehörende Wachtmeister Herrmann war. Sie brachten darauf den Vorfall zur Anzeige und die Folge war die gegenwärtige Anklage. Die Ermittlungen ergaben, daß Herrmann und Huntus, obwohl sie damit nichts zu tun hatten, in jener Nacht auf eigene Faust auf die Straße gegangen waren. Vor der Markgrafendiele war Herrmann an den Spanner herangetreten mit der Forderung, daß er vom Wirt etwas haben müsse. Der Spanner drückte ihm 100 M. in die Hand. Damit schien aber H. nicht zufrieden zu sein, denn er rief: „Was soll das Geld?“ Der Spanner verwies ihn darauf an den Wirt. Die Wirtin schenkte ihm noch 50 M., aber Herrmann erklärte, daß dies für die heutige Zeit etwas wenig sei. Darauf gaben ihm die Gäste noch weitere 50 M. mit den Worten: „Es ist doch eine Frechheit. Da kommt so ein Grüner wegen nichts und verlangt Geld.“ Vor Gericht leugneten die Angeklagten sämtlich. Bundesmann gab zu, dem Angeklagten Herrmann 100 M. gegeben zu haben. Er ergäbte dem Gericht, er sei jeden zweiten Tag betrunken, bildete sich dann ein, Christus zu sein und vernehme alles, was er höre. Erst vor wenigen Tagen habe er auf der Straße 3 1/2 Millionen weggeschickt. Gegenüber den vom Staatsanwalt beantragten Gefängnisstrafen bei Rechtsanw. Dr. Juliusberger II die Strafkammer, den Fall milde zu betrachten und auf Geldstrafe zu erkennen. Das Gericht verurteilte Herrmann und Frau Rief zu je 1 Million, Bundesmann zu 3 Millionen Geldstrafe.

Schwere Verkehrsunfälle.

Gestern abend gegen 9 1/2 Uhr stieß an der Ecke der Berg- und Emserstraße in Neukölln, ein Kraftwagen der Einkaufsgenossenschaft Lichtenberg, der in die Soalestraße einbiegen wollte und aus der Emserstraße kam, mit einer Elektrischen der Linie 15 so heftig zusammen, daß der Anführer des Lastkraftwagens umschlug und den Begleitmann unter sich begrub. Der Straßenbahnwagen sprang aus den Schienen, wobei die Plattform eingedrückt wurde. Der Begleitmann, Richard Schuhmann aus Lichtenberg, Lichtenberger Straße 3 wohnhaft, hatte eine schwere Rückenverletzung sowie Verletzungen an der Nase und an beiden Beinen davongetragen. Er erhielt die ersten Verbände auf der Rettungsstelle 5. Die Beseitigung des Verkehrshindernisses dauerte ungefähr eine Stunde. — Nachmittags gegen 5 Uhr brach dem Autohändler Adolf Brinkmann vor dem Hause Chausseestraße 59 beim Bestreigen und Anfahren seines Motorrades die Vordergabel, wobei das Rad aus der Gabel heraussprang und ein Schaufenster zertrümmerte. Brinkmann trug Verletzungen am rechten Oberschenkel davon, und wurde nach dem Augustahospital in der Scharnhorststraße gebracht.

Vorauszahlungen auf Gewerbe- und Grundsteuer.

In dem vom Landtag am 10. Juli 1923 verabschiedeten Gesetz zur Regelung verschiedener Fragen des kommunalen Abgaberechts ist bestimmt, daß die für das Rechnungsjahr 1923 festgesetzten Steuerbeträge, sofern nicht ein anderes beschlossen wird, für die ersten drei Vierteljahre des Rechnungsjahres 1923 in einem vierteljährlichen Fortschreiten werden. Das vierteljährliche Betrag nach dem Gesetz für das erste Vierteljahr das Sechsfache des Jahresbetrages und wird für die folgenden Vierteljahre entsprechend den Bestimmungen des neuen Gesetzes vom Finanzminister festgelegt. Demgemäß hat der Magistrat beschlossen, die Grundsteuer und die Gewerbesteuer in einem vierteljährlichen Fortschreiten für das erste Vierteljahr (April-Juni) das Sechsfache der für 1922 veranlagten Gewerbesteuer zu zahlen; an Grundsteuer das Dreifache der letzten Jahressteuer. Diese Vorauszahlungen werden auf die endgültig zu veranlagenden Steuerbeträge angerechnet. Dem Steuerpflichtigen wird in kürzester Zeit eine Zahlungsaufforderung durch die städtische Steuerverwaltung zugehen.

Ein Stadtpark soll jetzt eine erfreuliche Ausgestaltung erfahren.

Für Wadegewede war bisher nur der nördliche Teil der Reichsanlage bestimmt. Die übrigen Teile sind wegen ihres moorigen Untergrundes für Wadegewede nicht geeignet. Nachdem für die Herrichtung des Wadegewedes und für die Herrichtung einer Badeanstalt zunächst 200 000 000 M. zur Verfügung gestellt worden sind, besteht die Aufsicht, an Stelle des bisherigen wilden Wadegewedes einen der Lage innerhalb eines Wohnviertels entsprechenden geregelten Wadebetriebs im nächsten Jahre zu errichten. Selbstverständlich wird bei der jenseitigen wirtschaftlichen Lage die ganze Anlage gegenüber dem ursprünglichen Projekt wesentlich eingeschränkt werden. Hoffentlich gelingt es, die weiteren für die Durchführung des Projekts erforderlichen Mittel rechtzeitig zu erhalten.

